Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger vierteljährlich M. 4.50, monatlich M. 1.50 durch die Post bezogen desgl. und 14 Pf. monatl. Bestellgeld bei Abholung v. d. Exped. M. 4.50 bezw. M. 1.50. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen 6 mal wöchentlich. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr gegeben. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 136. Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Anzeigenpreis für den Gespaltenen Millimeter Grundhöhe 15 Pf. Die Berechnung für die laufende Bezugszeit (Vierteljahr bezw. Monat) wird von Bestellern auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwierigerer Satz wird entsprechend höher berechnet. — Reklamezeile 50 Pf. — Zifferngebühr und Porto extra. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm., für umfangreiche Anzeigen 7 Uhr abds. d. vorhergehenden Tages

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 161. Donnerstag, den 24. Juli 1919. 159. Jahrgang.

Tageschronik

Der Friedensvertrag in England ratifiziert.

Verzögerung der Ratifikation durch Frankreich.

Deutschland ermahnt erneut zur Rückgabe der Kriegsgefangenen.

Ein Vertrauensvotum der Kammer für Clemenceau.

Auch Oesterreich sagt: Unannehmbar.

Das polnische Kabinett hat demissioniert.

Ernste Lage im englischen Kohlenrevier.

Neue Zentrumswühlereien für die rheinische Republik.

Betriebseinschränkungen infolge der Kohlennot.

Die Verfassung in zweiter Lesung verabschiedet.

Explosion eines amerikanischen Riesenluftschiffes.

Der Frieden.

Die Ratifikation in England.

London, 22. Juli. Der Friedensvertrag wurde in allen Lesungen, nachdem die irischen Nationalisten als Protest gegenüber der Haltung der Regierung in der irischen Frage eine Abstimmung verlangt haben, mit 163 gegen 4 Stimmen angenommen. Die den englisch-französischen Defensivvertrag betreffende Vorlage wurde ebenfalls in sämtlichen Lesungen angenommen.

Ein „Verbesserungsantrag" Bottomley, in dem das Bedauern ausgesprochen wird, daß der Friedensvertrag Deutschland nicht bestimmte bindende Verpflichtungen auferlegt, Großbritannien seine gesamten Geldausgaben für den Krieg zu ersetzen, wurde abgelehnt.

Wie der Parlamentskorrespondent der „Daily News" schreibt, entschlossen sich in der Debatte die Hauptredner einer entschiedenen Kritik. Robert Cecil billigte als Ganzes den Friedensvertrag, erhob jedoch ernstliche Bedenken gegen die Regelung betreffend den polnischen Korridor, das Saartal, die 15jährige Besetzung der rechtsrheinischen Brückenköpfe und die Nichtfestsetzung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme. Cecil sagte über den Völkerbund: Der Bund könne nur glücken, wenn er eine neue Auffassung über die internationalen Beziehungen brächte. Die Oeffentlichkeit solle das Wesen des Völkerbundes ausmachen und die große Waffe, auf die man sich verlasse, sei die öffentliche Meinung.

Wo bleiben unsere Kriegsgefangenen?

Die deutsche Regierung hat den Ministerpräsidenten Clemenceau erneut um baldige Mitteilung betr. Zusammensetzung und Zeitpunkt des Zusammentritts der Kommission zur Heimbeförderung der Kriegsgefangenen ersucht und hat dabei darauf hingewiesen, daß Herr Clemenceau bereits am 26. Januar d. J. versprochen habe, die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte würden mit größter Bereitwilligkeit eine Kommission zu diesem Zweck einsetzen, sobald der Frieden unterzeichnet sei. Der Friede sei unterzeichnet und bereits von Deutschland ratifiziert. Aber immer noch warte die deutsche Regierung vergeblich auf die Bildung der erwähnten Kommission.

Die Kohlen-Verhandlungen in Versailles.

Schwerste Gefährdung des deutschen Wirtschaftslebens.

Am Montag fand in Versailles eine erste Besprechung zwischen den Vertretern der alliierten und assoziierten Regierungen und Vertretern der Deutschen Regierung und deutschen Sachverständigen über die Kohlenlieferungen statt, die Deutschland gemäß Anlage 5 zu Artikel 236 des Friedensvertrages an die Entente zu leisten hat.

Die deutschen Delegierten legten die gegenwärtige Kohlenlage Deutschlands dar, aus der sich ergibt, daß die Abgabe von Kohlen an die Entente unter den gegenwärtigen Verhältnissen die schwerste Gefährdung, ja unter Umständen den alsbaldigen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens nach sich ziehen muß. Die alliierten und assoziierten Regierungen verlangten die Vorlage eines Planes über die Deutschland vom September ab etwa möglichen Lieferungen.

Die Verhandlungen werden Donnerstag fortgesetzt werden.

Die deutschen Wiederaufbau-Arbeiter.

Der „Petit Parisien" vom 22. Juli meldet aus Versailles: Ein deutscher Ausschuß unter dem Vorsitze von Lessner hat mit einem französischen Ausschuß die Arbeitsbedingungen für die 500 000 Arbeiter festgesetzt, welche die Berliner Regierung zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete schicken soll.

Unsere chemische Industrie soll vernichtet werden.

Nach den „Daily News" erklärte auf der Konferenz der englischen Gesellschaft für chemische Industrie in London deren Präsident, es sei patriotische Pflicht, die Vorherrschaft Deutschlands in der chemischen Industrie für alle Zeit zu vernichten. Für diesen echt englischen Vorschlag benutzte der Redner den Vorwand, Deutschland müsse für alle Zeit außerstande gesetzt werden, durch Massenherstellung giftiger Gase die Welt zu beherrschen.

Der Kaiserprozeß.

Ein Spiel mit Worten.

Nach Meldung des Londoner Korrespondenten des „Nieuwe Courant" wären die Alliierten der Ansicht, daß sie den Kaiserprozeß als einen Teil des Friedensabkommens, zu dessen Ausführung sie verpflichtet sind, nicht fallen lassen können. Man werde von Holland nicht verlangen, den Kaiser auszuliefern, sondern die Alliierten werden die holländische Regierung um seine „Uebergabe" (overgave) bitten. Sie sind der Ansicht, daß Holland dann keine Bedenken gegen die Auslieferung fallen lassen wird. (!!!)

Aburteilung in einem neutralen Lande?

„Reuter" meldet unter dem 21. Juli aus London: Im Unterhause wurde bei den Debatten über die verschiedenen Teile des Friedensvertrages auch die Vorgerichtstellung des Kaisers in London besprochen. Man ist vollständig mit der Auffassung einverstanden, daß der Exkaiser vor Gericht gestellt werden müsse, aber man hält ihn einer Aburteilung in London nicht wert. Marlean sagte, er sei der Meinung, daß die Vorgerichtziehung in einem oder dem anderen neutralen Lande stattfinden müsse.

Zur französischen Kabinettskrisis.

Genf, 22. Juli. Clemenceau wird in der heutigen Kammersitzung für sich und sein ganzes Kabinett die Vertrauensfrage stellen. Die vorwöchige Mehrheit verlangt aber die Neuersetzung von mindestens drei Ministerposten, darunter die des Finanzministers Klotz, der aber nur ungern sich von dem viel genannten Tardieu ersetzen lassen will.

Ein Vertrauensvotum für Clemenceau.

Paris, 22. Juli. (Reuter.) Nach erregter Debatte über die Wirtschaftspolitik der Regierung hat die Kammer mit 289 gegen 176 Stimmen der Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen.

Rekonstruktion des englischen Kabinetts?

Amsterdam, 22. Juli. Wie aus London gemeldet wird, hat Bonar Law im Unterhaus erklärt, daß im Zusammenhang mit der Bildung einer neuen Zentrumspartei eine Rekonstruktion des Kabinetts erwogen werde. Die Umbildung des Ministeriums soll so schnell als möglich stattfinden. Der konservative Führer Bonar Law beabsichtigt, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen, will aber seinen Entschluß erst durchführen, wenn sich die innerpolitische Lage geklärt hat. Lloyd George soll es abgelehnt haben, die Leitung der neuen Partei zu übernehmen, so daß jetzt als deren Führer Winston Churchill in Betracht kommt.

Aufbauschung des Falles Manheim.

„Daily Mail" meldet aus Paris: Marschall Foch ist aus dem Hauptquartier nach Paris zurückgekehrt um in der bevorstehenden wichtigen Entschließung über Sühne für die Ermordung des Franzosen Manheim teilzunehmen. „Times" berichten aus Paris, Clemenceau habe auf der Alliertenkonferenz um Anerkennung der französischen Forderungen an Deutschland für die Tötung des französischen Sergeanten nachgesucht.

Man hat den Eindruck, daß Clemenceau künstlich den Fall Manheim aufbauscht, in der stillen Hoffnung, daß die Kammer es nicht wagen wird, einer Regierung das Vertrauen zu entziehen, die das Land neuen herrlichen Zeiten billigen Ruhmes auf Kosten Deutschlands zuführen will. Der Soldat Manheim ist gerade zur rechten Zeit gestorben, und dem Tiger Clemenceau ist jedes Mittel recht, das ihn im Amte erhalten kann. Darum brüllt er jetzt die Kriegsdrohung gegen einen Wehrlosen.

Gegen die geplante Vermögensabgabe.

In dem Gesetzentwurf über das Reichsnotopfer ist bezüglich der Abgabe und der Höhe der Steuersätze kein Unterschied gemacht, ob es sich um Betriebsvermögen oder um sog. Genußvermögen handelt. Die steuerliche Belastung soll die gleiche sein, sie soll sich auch in beiden Fällen auf 30 Jahre erstrecken. Mit voller Sicherheit ist vorauszusehen, daß die geplante dauernde Belastung des arbeitenden Kapitals unserer Volkswirtschaft unabsehbaren Schaden zufügen müßte. In diesem Sinne hat der frühere Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Dr. August Müller (Mehrheitssozialist) seine warnende Stimme erhoben. In einem in der „Nat.-Ztg." erschienenen Aufsatz, der allgemein die Gefahr revolutionärer Finanzpolitik behandelt, weist er besonders auf folgende Bedenken hin:

„Werden solche enormen Steuern als Sondersteuern auf die relativ geringe Zahl von Vermögen gelegt, so besteht die große Gefahr daß der Betrag, der eigentlich in Neuanlagen, Abschreibungen, Experimenten und Versuchen, kurz, zu dem Zwecke die Produktion auf stets wachsender, technisch vervollkommneter Stufenfolge kontinuierlich fortzuentwickeln, angelegt werden soll, durch die Steuer erfaßt wird. Das muß in ganz kurzer Zeit den Stillstand und schließlich den Rückgang des Ertrages der gesamten volkswirtschaftlichen Arbeit zur Folge haben. Der Kommunist, dessen Zukunftsideal kleine, mittelständlerische Handwerker- und Bauernbetriebe bilden, kann an diesen Folgeerscheinungen einer allzu hohen und allzu lange erhobenen Sondersteuer auf das Vermögen vorübergehen; wer aber glaubt, daß auch in Zukunft gewerbliche Großbetriebe, die dem rasenden Tempo der technischen Entwicklung folgen, das Feld beherrschen, der muß auch die Kapitalbildung, die diesen Entwicklungsgang erst ermöglicht, wollen. Das Hauptbedenken gegen das Reichsnotopfer ist offenbar dieses, daß es der deutschen Industrie und Landwirtschaft die Mittel entzieht, die bisher von ihr aufgewandt wurden, um das ständige Steigen des Produktionsertrages durch Verbesserung und Erweiterung des Produktionsprozesses zu erzielen."

Von dem Ernsthaften, daß Nachteile für unser Wirtschaftsleben nach Möglichkeit vermieden werden müssen, hat sich auch der frühere badische Finanzminister Rheinboldt leiten lassen, der schon vor längerer Zeit folgenden, jetzt auf dem deutschnationalen Parteitag von dem früheren Generaldirektor bei Krupp Herrn Geh. Finanzrat Dr. Hugenberg aufgenommenen Vorschlag gemacht hat.

Um eine gerechte Verteilung der in den Kriegsanleihen übernommenen Reichsschuld zu erreichen, empfehle sich die Begebung einer Zwangsanleihe, die den Gesamtbetrag der Kriegsanleihen zu umfassen hätte und mit einem um 1 bis 2 v. H. niedrigeren Satze zu verzinsen wäre. Der Grundgedanke ist der, daß jeder Deutsche, der zur Vermögensabgabe herangezogen wird, den Betrag der von ihm geschuldeten Abgabe in Kriegsanleihe bezw. Zwangsanleihe besitzen oder erwerben muß. Auf diesem Wege ließe sich auch erreichen, daß ein wirkliches Reichsnotopfer, eine tatsächlich allgemeine Vermögensabgabe zustande kommt. Denn es ist nicht einzusehen, weshalb wieder einmal nur diejenigen Opfer bringen sollen, die dank ihrer Wirtschaftstüchtigkeit und Sparsamkeit Vermögen haben ansammeln können, während diejenigen, die ihre hohen Einkommensbezüge in übermäßiger Lebenshaltung verbraucht haben, von der Abgabe verschont bleiben sollen. Es wäre ferner möglich, was nicht minder erstrebenswert ist, daß durch Beteiligung der sehr zahlreichen Erwerbstätigen, die jetzt ein doppelt und dreifach so hohes Einkommen beziehen wie vor oder in der Kriegszeit, der allgemeine Charakter der Vermögensabgabe zur Geltung gebracht wird. In diesem Sinne hat Herr Geheimrat Hugenberg ausgeführt: „Der Nichtvermögende wird bei der Erwerbung von Zwangsanleihe durch die Versicherungsanstalten vertreten; er hat in Form eines Zuschlages zu den Versicherungsbeiträgen den Wert der auf ihn fallenden Kriegsanleihen allmählich abzutragen. Nach Abtragung stehen die betr. Stücke zu seiner Verfügung. Derjenige, der Vermögen besitzt, hat außer demselben Mindestbetrage, den der Nichtvermögende erwerben muß, einen gewissen abzustimmenden Teil seines Vermögens in Kriegsanleihe anzulegen, soweit es nicht schon geschehen ist. Die Gesamtsumme der so zu verteilenden Kriegsanleihe wird nach Möglichkeit so bemessen, daß die schwebende Schuld und ein großer Teil des Banknotenumlaufes mit neu auszugebenden Beträgen abgelöst werden kann."

Infolge der geringeren Verzinsung der Zwangsanleihe ließe sich eine wesentliche finanzielle Entlastung des Reiches erzielen. Entscheidend aber ist, daß bei dieser Art der Entschuldung die lebensgefährlichen Heimsuchungen vermieden werden, mit denen eine dauernde Vermögensabgabe, die jahrzehntelang mit gleichmäßigen Beträgen entrichtet werden muß, wie auch die Wirtschaftslage und die allgemeinen Verhältnisse des Arbeits- und Geldmarktes sich gestalten mögen, die deutsche Volkswirtschaft bedroht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190724-16/fragment/page=0001

Der österreichische Friedensvertrag unannehmbar.

Staatskanzler Renner hat sich von St. Germain nach Feldkirch begeben, wo er mit Staatssekretär Bauer zusammentrifft; er wird Sonntag wieder in St. Germain eintreffen. Vor seiner Abreise erklärte er einem Vertreter der Radio-Agentur, der Vertrag sei unannehmbar. Deutschland habe man hart behandelt, die Oesterreicher aber würfen doppelt und dreifach getroffen. Deutsch-Oesterreich verliere zwei fünftel seiner Bevölkerung und in wirtschaftlicher Beziehung acht neunteil seiner Erwerbsquellen.

Staatssekretär des Aeußeren Dr. Bauer bezeichnete in einer Rede in Wien den Friedensvertrag als eine nationale Unterdrückung ohnegleichen. Die von Deutsch-Oesterreich zu deckenden Kriegsschulden werden ungefähr 70 Prozent von 68 Milliarden betragen sodaß auf jeden Kopf 8000 Kronen entfallen.

Oesterreichische Arbeiter für den Wiederaufbau?

Wien, 22. Juli. Die „Politische Korresp." erfährt aus St. Germain, daß bei dem Besuch Dutastas beim Staatskanzler Renner der Gedanke aufsuchte, die in Deutsch-Oesterreich herrschende Arbeitslosigkeit durch Heranziehung deutsch-österreichischer Arbeiter bei den Wiederherstellungsarbeiten in den zerstörten Gebieten Frankreichs zu beheben, natürlich nur freiwillig.

* * *

Die Besatzungsverhältnisse im Westen.

Köln, 22. Juli. Vor den nach Köln eingeladenen Vertretern aller rheinischen Behörden, Beamten- und Berufskreise machte Unterstaatssekretär Dr. Lewald, der Vorsitzende der deutschen Kommission für die Verhandlungen in Versailles über das Besatzungsproblem Mitteilungen über den bisherigen Gang der Verhandlungen. Aus allen Landesteilen des besetzten Gebietes, mit Ausnahme des Regierungsbezirks Wiesbaden, waren Vertreter erschienen, die Gelegenheit nahmen, ihre Wünsche für die Gestaltung der Besetzungsverhältnisse vorzubringen. Der vorsitzende Reichs- und Staatskommissar v. Starck hielt eine Ansprache über die Aufgaben seines Amtes und entwickelte die Gesichtspunkte, nach denen er betreut sein werde, sich der ihm anvertrauten Interessen anzunehmen.

Demoralisation der Saar-Bevölkerung.

Aus dem Saargebiet wird gemeldet, daß dort eine arge Demoralisation unter der Bevölkerung Platz zu greifen beginnt. Denunziationen gegen deutsche Lehrer und Beamte aus der Bevölkerung heraus nehmen zu. Selbst die französischen Besatzungsbehörden sprechen ihre Ansichten über diese Haltung großer Teile der Bevölkerung aus.

Ein neuer Dorten-Putsch?

Aus Wiesbaden teilt man der „Frankf. Ztg." mit: Man rechnet hier mit einem neuen Putsch für die „Rheinische Republik". Seit Sonnabend ist der telegraphische Verkehr bis auf Handelstelegramme gesperrt. Dorten hat sich eine Leibgarde von zunächst 30 Mann geschaffen. Oberst Pincau hat den Wiesbadener Polizeipräsidenten ersucht, diese Leibgarde in die Schutzmannschaft einzureihen. Bisher hat sich der Polizeipräsident Thon geweigert. Die Ein- und Ausreiseerlaubnis wird sehr rigoros gehandhabt.

Ein Mordanschlag in Koblenz.

Die Pariser Ausgabe des „Newyork Herald" läßt sich aus Koblenz melden, daß auf den Platzkommandanten, Major Cockrill ein Mordanschlag verübt worden sei. Es seien, während Cockrill in der Kaiser Wilhelmsanlage spazieren ging, drei Revolverschüsse von hinten auf ihn abgegeben worden, die jedoch nicht trafen. Bisher seien die Schützen nicht entdeckt; wahrscheinlich werde die Stadt mit einer schweren Strafe belegt werden.

Die deutschen Beamten in Polen und Schleswig

Aus Posen wird gemeldet, daß die Polen unter stärkstem Druck versuchen, die deutschen Beamten zu zwingen, in polnische Dienste zu treten. Der dänische Minister Jansen hat in einer Rede gesagt, daß Dänemark nicht beabsichtige, die Beamten des abzutretenden Gebietes weiter zu behalten, sondern wir werden sie einschließlich der Lehrer aus den besetzten Gebieten ausweisen. Die Staatsregierung hat den Belagerungszustand in den Gebieten des A. O. K. Süd genehmigt.

Polnische Bandenführer gefangen.

Danzig, 22. Juli. Der seit Monaten gesuchte Räuber und Bandenführer August Gnadzinski und sein Genosse Spitza wurden in der Nacht zum 20. Juli durch den Sergeanten Wiegel und einen Ulanen der zweiten Schwadron der sächsischen Ulanen bei Charlottenhof in der Tuchler Heide gefangen. Gnadzinski wurde dabei schwer verletzt. Nach einer anderen Meldung ist Gnadzinski bereits gestern morgen gestorben.

Zurückziehung der britischen Truppen aus Nordrußland.

London, 22. Juli. Reuter. Churchill teilte im Unterhause mit, daß alle britischen Truppen mit Ausnahme der Freiwilligentruppen und der Militärmissionen, falls sich keine Zwischenfälle ereignen, aus Nord-Rußland zurückgezogen werden sollen, bevor das Weiße Meer zugefroren ist.

* * *

Bela Khun gestürzt?

Die „Chicago Tribune" erhält aus Budapest die vertrauliche Mitteilung, daß Bela Khun am Montag gestürzt und an seine Stelle ein Triumvirat gesetzt worden sei. Er selbst sei nach Wien geflüchtet. Die Nachricht ist beisser von seiner anderen Seite bestätigt und ist deshalb mit Vorsicht aufzunehmen.

* * *

Neger-Hetzjagd in Washington.

„Times" melden aus Washington, daß dort am Sonnabend eine Hetzjagd auf die ganze Negerbevölkerung veranstaltet wurde. Die Ursache dafür war, daß in den letzten Monaten weiße Frauen von Negern überfallen worden waren. Mehrere Hundert Soldaten und Matrosen und über tausend Zivilisten unternahmen einen allgemeinen Angriff auf die Neger, die durch die Straßen gejagt und aus den Trams und Autos gerissen und entsetzlich mißhandelt wurden. Zur Unterdrückung der Unruhen mußte die Polizeireserve aufgeboten werden.

Volksgerichte in Bayern.

Laut „B. T." wird der am 31. Juli 1914 über Bayern verhängte Kriegszustand vorläufig aufrechterhalten. Anstelle des Standgerichtes treten am 1. August die durch neues Gesetz errichteten Volksgerichte. Vor dem Standgericht wird sich heute der frühere Präsident des bayerischen Zentralwirtschaftsamtes, Dr. Otto Neurath, wegen Beihilfe zum Hochverrat zurzeit der Münchener Räterepublik verantworten. Morgen erscheint der russische Kommunist Axelrod vor dem Standgericht.

Michel ins Stammbuch.

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt sehr zutreffend zu dem Streik in Berlin, so weit dies ein Sympathiestreik sei, so werde gestreikt aus Sympathie für die Tatsache, daß der andere Teil der Arbeit bleibe. Soweit er jedoch eine Demonstration bedeute, so beweise er, daß die Berliner mit ihren internationalen Ansichten allein dastehen, und daß die Sympathie, die sie für die französischen, englischen usw. Proletarier empfinden, keineswegs erwidert wird.

Kein „internationaler Demonstrationsstreik".

Der Montag ist in Paris ohne größere Demonstrationen der Arbeiterschaft verlaufen. In allen Fabriken wurde gearbeitet. Auch in London wurden keinerlei Kundgebungen und Demonstrationen für den Weltfrieden vorgenommen. Ebenso verlief in Marseille und Lyon der Tag ohne wesentliche Kundgebungen. In Holland streikten nur in Amsterdam etwa 400 Arbeiter.

Ruhiger Streikverlauf in Wien.

Wien stand am Montag im Zeichen des Generalstreiks. Der Verkehr ruhte vollständig, alle Geschäfte, Gast- und Kaffeehäuser waren geschlossen. Die von den sozialistischen Parteien veranstalteten Versammlungen und Umzüge nahmen einen vollkommen ruhigen Verlauf.

Ausschreitungen und Plünderungen in Stolp.

Stolp i. P., 22. Juli. In Anschluß an eine Versammlung der Kommunisten und der Unabhängigen vor dem Rathause kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen und Plünderungen verschiedener Geschäfte. Die Polizei, die gegen die Plünderer machtlos war, rief die hier liegenden Husaren des Husaren-Regiments Nr. 5 zu Hilfe. Bei dem Kampfe wurde eine Frau getötet, drei weitere Frauen wurden verletzt. Gegen Mitternacht wurde die Ruhe wiederhergestellt.

* * *

Kohlennöte in aller Welt.

Ernste Folgen des englischen Bergarbeiterstreiks.

Der Londoner Berichterstatter des „Telegraaf" berichtet, daß der Kohlenstreik in Yorkshire dadurch, daß 50 000 Arbeiter, die mit Pumpen und anderen allgemeinen Sicherungsarbeiten beschäftigt waren, die Arbeit niedergelegt haben, einen sehr ernsten Charakter angenommen hat. In Sheffield besteht die Gefahr, daß die Stahl- und Maschinenfabriken den Betrieb einstweilen einstellen müssen. Tausende von Arbeitern sind infolge der Kohlennot schon jetzt ohne Arbeit. Der Berichterstatter der „Times" meldet aus Sheffield, daß eine in Süd-Yorkshire eingeleitete Untersuchung ergeben habe, daß bereits drei Schachtanlagen mit Wasser vollgelaufen sind. In anderen Bergwerken strömen große Wassermengen ein. Man befürchtet, daß auch die letzten Maschinisten die Arbeit niederlegen werden, wodurch die Ventilation in Frage gestellt und die Wiedereröffnung des Betriebes erschwert werden würde.

Ausdehnung des Bergarbeiterstreiks.

Bonar Law erklärte im Unterhaus, der Streik der Kohlenbergarbeiter habe sich im geringen Maße auf Lancashire, Nottinghamshire und Monmouthshire ausgedehnt, wo insgesamt 38 000 Kohlenbergleute ausständig seien.

Wien vor einer Kohlenkatastrophe.

Wien steht vor einer vollständigen Kohlenkatastrophe. Die Elektrizitätsversorgung wird, wenn nicht schleunige Hilfe eintritt, in diesen Tagen vollständig eingestellt werden müssen. Die Kohlenzufuhren aus der Tschecho-Slowakei, aus Deutschland und aus Polen sind ausgeblieben. Oesterreich selbst verfügt nur über eine äußerst geringe Steinkohlenproduktion in Steiermark, die für die Eisenhütten in diesem Lande gebraucht werden. Die Stadt Wien besitzt eigene Kohlenbergwerke, die aber an der niederösterreichisch-ungarischen Grenze liegen, der größere Teil liegt auf ungarischem Gebiet und auch von dort kommen fast gar keine Kohlenzufuhren.

Betriebseinschränkungen in Deutschland.

Die traurigen Folgen des Kohlenmangels machen sich bereits bemerkbar. Die große Aktiengesellschaft von Julius Pintsch ist gezwungen, den Betrieb wegen Kohlenmangels und Wachsmangels einzuschränken. Etwa 150 Beamte wurden entlassen, da die betreffenden Abteilungen liquidiert werden. Die Firma hat den Entlassenen das Gehalt bis Ende November ohne gesetzliche Verpflichtung bezahlt. Arbeiter werden zunächst nicht entlassen. Aufträge liegen genug vor, aber wegen Kohlen- und Wachsmangels sind sie unausführbar. Schuld daran tragen die Streiks auf den Zechen und den Eisenbahnen. Die Eisenhütten haben keinen Koks; sie können infolgedessen keine Bleche herstellen. Bei den Firmen Borsig und Schwartzkopff liegen die Verhältnisse ähnlich. Unter diesen Umständen liegt die so wichtige Lokomotivenerzeugung ganz im argen. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß es zu einer Kündigung aller Arbeiter kommt.

Deutsche Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes mit dem Artikel 18

territoriale Gliederung des Reiches

fortgesetzt, zu dem der bekannte Kompromißantrag Loebe (Soz.), Trimborn (Ztr.), Heile (Dem.) vorliegt. Der Kompromißantrag will in die Uebergangsbestimmungen einen neuen Artikel 164 a aufnehmen, wonach die Bestimmungen des Artikels 18, die für den Fall gelten, daß die Länder nicht zustimmen, erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft treten. Ein Antrag der Abgg. Dr. Graf von Posadowsky (Dn.) und Gen. will die Bestimmungen, die sich auf die mangelnde Zustimmung der Länder beziehen, ganz streichen, die Abgg. Dr. Heinze (D. Vpt.) und Gen. beantragen, daß bei mangelnder Zustimmung der Länder eine Neubildung oder Gebietsänderung nur durch ein Verfassungsänderungsgesetz erfolgen kann, wenn das Reichsinteresse es erheischt.

In Verbindung mit Artikel 18 werden die Artikel 62 und 64 (Stimmrecht und Vertretung der Länder) im Reichsrat beraten. Zu Artikel 62 beantragen die Sozialdemokraten Auer und Gen. die Abänderung, daß Länder, die weniger als eine Million Einwohner haben, nur dann stimmberechtigt sind, wenn durch Reichsgesetz anerkannt wird, daß überwiegend wirtschaftliche Gründe eine besondere Vertretung erfordern. In Artikel 64 beantragen die Unabhängigen Frau Agnes und Gen., daß die preußischen Stimmen nicht von den Provinzialverwaltungen, sondern von den Provinziallandtagen, und zwar auf Grund des Reichstagswahlrechts zu bestellen sind. Die Abgg. Dr. Heinze (D. Vpt.) und Gen. beantragen den Zusatz, daß die Stimmen einheitlich für jedes Land abzugeben sind.

Abg. Schumann (Soz.): Wir nehmen den Kompromißantrag an und lehnen den Antrag der Deutschnationalen ab. Die Vertreter der Rheinlande wollen jetzt keine Loslösungsexperimente. Abg. Kaas (Ztr.): Wir glauben in dem vorliegenden Kompromißantrag den Vorwurf einer ehrlichen Verständigung gefunden zu haben. Sinnlose Staatsgründungen sind zu verhindern. Abg. Fehr (Dem.): Heute marschiert bereits der Gedanke des Einheitsstaates. Die Loslösung der Rheinlande von Preußen würde gleichbedeutend sein mit ihrer Loslösung von Deutschland. Abg. Dr. Philipp (Dn.): Wir werden alle Kräfte in Bewegung setzen, um die Teilung Preußens zu verhindern, denn die Zertrümmerung Preußens ist

das letzte Kriegsziel des Feindes,

und diesen Liebesdienst kann ihm Artikel 18 nur erleichtern. Ohne Preußen hätte gerade die Sozialdemokratie keine Existenzberechtigung. Pr. Minister Heine: Preußen ist nicht abgeneigt, im Interesse der Vereinheitlichung auch preußische Gebietsteile herzugeben, und es verhandelt bereits mit dem Freistaat Hamburg und mit den thüringischen Staaten, aber es ist selbstverständlich, daß dann auch diese Staaten dem Wunsche nach Vereinheitlichung der Verwaltung Rechnung tragen. Wir sollten uns die Arbeit nicht noch dadurch erschweren, daß wir den Apparat des preußischen Staates mit seiner Verwaltungsorganisation über den Haufen werfen. Ich glaube, der Artikel 18 entspricht in seiner jetzigen Fassung den Bedürfnissen. Abg. Dr. Heinze (D. Vpt.): Wenn man den preußischen Staat vernichtet, trifft man Deutschland ins Herz und macht den Wiederaufbau Deutschlands unmöglich. (Beifall rechts.) Wenn Preußen zerschlagen wird, so zerfällt es in ein Dutzend von Mittelstaaten, denen das gesunde Staatsgefühl fehlt. (Sehr richtig.) Hessischer Justizminister v. Brentano: Auch in Preußen haben sogar hochgestellte Beamte autonomistische Pläne vertreten. Der Staat, wie wir ihn etwa projektieren, würde ein besseres Bollwerk für die deutsche Sache sein, als alle andere Staaten mit haltistischer Färbung gewesen sind. Abg. Dr. Haase (U. S.): Preußen muß im Reich aufgehen. Dann müssen aber auch die süddeutschen Staaten folgen. Ein Schlußantrag Gröber (Ztr.), Löbe (Soz.) und Blunck (Dem.) wird mit geringer Mehrheit angenommen. Nach Annahme einer geringfügigen Aenderung wird der Kompromißantrag Löbe-Trimborn-Heile zu Art. 18 in namentlicher Abstimmung mit 169 gegen 71 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen angenommen. Artikel 62 wird in der Ausschußfassung mit einem von dem Abg. Luppe (Dem.) beantragten Zusatz angenommen, wonach das Stimmenverhältnis im Reichsrat jeweils entsprechend der Volkszählung neu geregelt werden soll. Artikel 164 wird unter Ablehnung aller Anträge unverändert in der Ausschußfassung angenommen. Ebenso wird Artikel 164 a genehmigt.

Das Haus nimmt nunmehr die gestern ausgesetzte Abstimmung über

Artikel 162 (Rätеartikel)

vor, in der sämtliche Abänderungsanträge abgelehnt werden, bis auf den Antrag Delius (Dem.), der im Reichswirtschaftsrat und in den Bezirkswirtschaftsräten nicht „die wichtigsten Berufsgruppen", sondern „alle wichtigen Berufsgruppen" vertreten sehen will. Mit dieser Aenderung wird der Art. 162 in der Ausschußfassung angenommen. Zu Artikel 152 (Bodenmitzung) wird in namentlicher Abstimmung der Antrag Auer und Gen. (Soz.), der die Aufhebung der privaten Regale und Nutzungsrechte verlangt, mit 132 gegen 118 Stimmen angenommen.

In der

Nachmittagssitzung

setzt die Beratung ein bei dem Abschnitt „Uebergangs- und Schlußbestimmungen". Artikel 164 bestimmt, daß in den nächsten fünfzehn Jahren Mitglieder der Familien von Landesherren, die 1918 in Deutschland regiert haben, nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden können. Zu ein Antrag Arnstadt und Gen. (Dn.) und Dr. Heinze und Gen. (D. Vpt.) will die Bestimmungen streichen. Ein Antrag Frau Agnes und Gen. (U. S.) will, daß die Mitglieder solcher Familien, die in Deutschland regiert haben, überhaupt nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden können. In der Aussprache sprechen sich mit Ausnahme der beiden sozialdemokratischen Fraktionen die Redner aller Parteien gegen die Fassung des Entwurfes und den Antrag der Unabhängigen, die nur Angstprodukte seien, aus. Der Antrag der Unabhängigen wird durch Auszählung mit 123 gegen 117 Stimmen angenommen.

Artikel 167 bestimmt, daß die Post- und Telegraphenverwaltungen Bayerns und Württembergs im Wege der Verständigung bis zum 1. April 1921 auf das Reich übergehen. Ein gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Deutschnationalen, der Demokraten und der Sozialdemokraten will bei Mangel der Verständigung die sämtlichen Uebernahmebedingungen durch den Staatsgerichtshof entscheiden lassen. Berichterstatter Abg. Hausmann teilt mit, daß nach den gepflogenen Verhandlungen Bayern und Württemberg mit dieser Lösung der Frage einverstanden seien. Die Artikel 167 und 168 werden mit der Aenderung nach dem gemeinsamen Antrage angenommen. Auf Antrag des Abg. Koch-Kassel (Dem.) wird Artikel 168 auch auf die Seezeichen erstreckt. Ein Antrag Dr. Düringer (Dn.), betr. die Einführung eines Artikels 169 a, wonach eine Eidesleistung rechtswirksam auch in der Weise erfolgen kann, daß der Schwörende unter Weglassung der religiösen Eidesformel erklärt: „Ich schwöre", wird angenommen. Artikel 170, der die Reichsverfassung von 1871 und das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 aufhebt, wird mit einem Antrage D. v. Delbrück (Dn.), wonach behördliche Verordnungen, die rechtsgültig zustande gekommen sind, bis zu einer anderweitigen gesetzlichen Regelung gültig bleiben, und ferner einem Antrage Dr. Quarck (Soz.), daß die Bestimmungen des Friedensvertrages durch die Verfassung nicht berührt worden, angenommen. Auf Antrag Dr. Haas (Dem.) wird ein Artikel 171 a, wonach die Aufhebung der Orden und Ehrenzeichen auf die Kriegsehrenzeichen der Jahre 1914—1919 nicht angewendet werden soll, angenommen.

Artikel 172 bestimmt, daß bis zum Zusammentritt des ersten Reichstags die Nationalversammlung als Reichstag gilt, und daß der bisherige Reichspräsident bis zur gültigen Wahl eines Nachfolgers Reichspräsident bleibt. Nach längerer Debatte wird ein Antrag der Unabhängigen, der dahin geändert ist, daß der erste Reichstag am 18. Januar 1920 gewählt sein muß, gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Deutschnationalen abgelehnt. (Große Heiterkeit.) Artikel 172 wird in der Ausschußfassung angenommen. Der Schlußartikel 173 gelangt ohne Aussprache zur Annahme. Die vom Ausschuß beantragten Entschließungen, die Regierung möge eine Reichsvermittlungsstelle einrichten, ferner die Frage prüfen, ob und inwieweit die Kleinstaaten unter einer Million Einwohner beseitigt werden können, und endlich ein Gesetz über die Aufhebung der Militärjustiz mit der größten Beschleunigung einzubringen, werden sämtlich angenommen.

Damit ist die zweite Lesung der Verfassungsvorlage beendet. Nächste Sitzung morgen vormittag 10 Uhr: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Der demokratische Parteitag.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen erteilte der Parteitag der Fraktion ein Vertrauenswotum und lehnte den Antrag ab, in dem der Austritt aus der Koalition mißbilligt wird. Die Beratung des neuen Programms wurde eingeleitet durch ein Referat des Rechtsanwalts Dr. Frankfurter-Berlin. Der Programmentwurf wurde schließlich einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Anläßlich des von den Deutsch-Oesterreichern zugedachten Gewaltfriedens nahm der Parteitag eine Sympathiekundgebung an, in der er gleichzeitig die Hoffnung auf die Vereinigung mit Deutschland aussprach. Dann referierte der Abg Naumann über „Schule und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190724-16/fragment/page=0002

Kirche." Er führte u. a. aus: Das Volk müsse sich wieder stark und mutig glauben, die Schwierigkeiten zu überwinden. Für manche Leute war der Krieg nur eine riesenhafte Konjunktur. Die Vermischung von Weltanschauung und Politik müsse in viel höherem Maße als bisher erfolgen. Wir glauben an ein wachsendes Volk, aber es muß erzogen werden.

Naumann erster Parteivorsitzender.

Berlin, 22. Juli. Der demokratische Parteitag hat den Abgeordneten Friedrich Naumann mit 235 Stimmen zum ersten Vorsitzenden der Partei gewählt.

Das Reichseisenbahnministerium.

Durch Verfügung des Reichspräsidenten ist Minister Dr. Bell zum Chef des Reichseisenbahnamtes für die Verwaltung der Reichseisenbahnen ernannt worden und mit der Leitung der Vorarbeiten für die Ueberführung der Staatsbahnen auf das Reich und mit der Bildung eines Reichsministeriums betraut worden.

Preußen fordert Schadenersatz vom Reiche.

Die preußische Staatsregierung leitete Verhandlungen mit dem Reiche ein, um die Ersatzansprüche bei dem Reich für die durch den Frieden für Preußen eingetretenen Schäden anzumelden.

Nochmalige Durchprüfung des Schulkompromisses.

Wie an zuständiger Stelle verlautet, steht Kultusminister Haenisch auf dem Standpunkte, daß das Schulkompromiß noch einmal durchgeprüft werden muß, und zwar in schultechnischer und verwaltungstechnischer Hinsicht. Außerdem sollen bei der Beratung auch Sachverständige hinzugezogen werden.

Die Sozialisierung der Elektrizitätsindustrie.

Wie die „Leipz. N. N." erfahren, beabsichtigt das Reich bei der Sozialisierung der elektrischen Energie den Besitz der Freistaaten und Kommunen nicht anzutasten. Eine Ausnahme wird nur gemacht bei Höchstspannungsleitungen. Diese sollen in den Besitz des Reiches übergehen.

Horrende Kriegsgewinne.

Nach einer kleinen Anfrage des Abgeordneten Schneider (Sachsen) in der Nationalversammlung wird in der Zeitung „Der Holzmarkt" vom 5. Juli und in Flugblättern behauptet, daß die Kriegsleder-A.-G. für jeden Geschäftsanteil von 5000 Mk. einen Reingewinn von 132 000 Mk. für das Jahr 1918 ausgezahlt habe. Das entspricht einer Dividende von 2600 Prozent.

Prinz Max von Baden noch in Deutschland?

Lörrach, 22. Juli. Die von verschiedenen Blättern gemeldete Flucht des Prinzen Max von Baden in die Schweiz ist unrichtig (?) Der Prinz befindet sich seit dem 21. Juli in Salem am Bodensee. Nur seine Familie hat sich zu einem Besuche in die Schweiz begeben.

Englische Post für Deutschland.

Nach Reuter teilt das englische Postamt mit, daß jetzt wieder Post für Deutschland angenommen wird.

Schließung der Flugzeugmeisterei Adlershof.

Die Flugzeugmeisterei Adlershof soll, wie W. T. B. erfährt, in allernächster Zeit geschlossen werden. Diese Maßnahme hängt mit den Friedensvertragsbestimmungen zusammen. Adlershof war im Kriege das Zentraldepot für den gesamten Nachschub für alle Fliegerformationen. Zeitweilig waren dort bis zu 20 000 Mann beschäftigt.

Ueber die Zustände in Adlershof haben wir vor einigen Tagen das Nötige gesagt. Schlimm genug, daß die verantwortlichen Stellen sie so lange geduldet haben, und daß es jetzt erst einer Berufung auf den Friedensvertrag bedarf, wenn ihnen ein Ende gemacht werden soll. Das Pflichtgefühl unserer Aufsichtsinstanzen, der militärischen wie der bürgerlichen, hat sich seit dem 9. November sehr erheblich gewandelt — zum Schaden des deutschen Volkes, das diesen „modernen" Betrieb obendrein noch ungleich teurer bezahlen muß, als die ehrliche und gewissenhafte Verwaltung der vorrevolutionären Zeit.

Aus Stadt und Umgebung

Was gibt es an Lebensmitteln?

Fleischverkauf auf der Freibank

findet am Donnerstag, den 24. Juli vormittags von 8—9 Uhr statt.

Kirschenverkauf.

Am Donnerstag, den 24. Juli wird der Kirschenverkauf fortgesetzt. In den Verkaufsstellen Rauch, Markt, und Vogel, Roßmarkt, kommenAmmern zur Ausgabe an diejenigen Haushaltungen, die auf Abschnitt 100 noch keine Kirschen erhalten haben, sowie an die Inhaber der Lebensmittelhefte 2351—2400 auf Abschnitt 99.

Volkstümliche Konzerte.

Das Philharmonische Orchester Merseburg unter der bewährten Leitung des Kapellmeisters Franke veranstaltet am Freitag, den 25. d. M., abends 8 Uhr, ein volkstümliches Konzert im „Casino", dessen Besuch empfohlen werden kann. Aehnliche volkstümliche Konzerte sollen in Zukunft regelmäßig Freitags veranstaltet werden.

Angestellten- und Arbeiterausschuß bei den städtischen Behörden.

Die Entwürfe der „Ordnung für den Angestellten-Ausschuß der Stadt Merseburg" und der „Ordnung für die Arbeiter-Ausschüsse bei den städtischen Betrieben" sind in der Deputation für die Allgemeine Verwaltung durchberaten und auf deren Vorschlag vom Magistrat beschlossen worden. Sie liegen der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnisnahme vor.

Die heutige Roman-Fortsetzung

mußte aus technischen Gründen für die nächste Nummer zurückgestellt werden. Wir werden es durch eine doppelte Fortsetzung ausgleichen.

Die Petroleumrationierung bleibt.

Der Handelsminister hat angeordnet, daß die Verteilung von Petroleum für Kleinbeleuchtungszwecke solange den Kommunalverbänden überlassen bleiben soll, bis feststeht, daß genügend Leuchtöl zur Deckung von mindestens 50 v. H. des Bedarfs für den nächsten Winter vorhanden ist oder mit Sicherheit eingeführt werden wird. Um außerdem für die Wintermonate eine genügende Menge Leuchtöl anzusammeln, ist die Abgabe von Petroleum für Leuchtzwecke wie im Vorjahr bis zum 31. August verboten.

Wollwebwaren dem Handel freigegeben.

Soweit noch die Beschlagnahme oder Beschränkung des Erwerbs und der Verarbeitung von Rohwolle, Wollgarnen und Wollwebwaren vorlag, werden, wie die Deutsche Konfektion mitteilt, diese nunmehr nach einem im Reichswirtschaftsamt gefaßten Beschluß vollständig aufgehoben. Auch alle Höchstpreisbestimmungen fallen damit fort. Ferner ist die Absicht der behördlichen Bewirtschaftung und Kontingentierung für einzuführende Textilrohstoffe, soweit sie in der Wiseischen Planwirtschaft vorgesehen waren, aufgegeben.

Keine Einreiseerlaubnis.

Entgegen Pressemeldungen ist laut erfolgter amtlicher Bekanntgabe die Einreiseerlaubnis nach Weimar noch nicht aufgehoben.

Tivoli-Theater.

Am Donnerstag geht eine heitere Kriminalgeschichte „Kümmelblättchen" von Joh. Overweg, welche in Halle und Berlin mit so großem Erfolg gegeben wurde, in Szene. Sonntag wird die Königin aller Operetten „Die Fledermaus" von Joh. Strauß gegeben.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Von der Universität.

Halle, 23. Juli. Als Nachfolger des verstorbenen Direktors der Medizinischen Poliklinik in Halle Prof Dr. Mohr hat der Münchener Privatdozent Dr. med. Hermann Straub einen Ruf erhalten.

Ein Vorstoß der Unabhängigen.

Halle, 23. Juli. In der Stadtverordnetensitzung am Montag beantragte die Unabhängige Fraktion bei Beratung des Etats der Allgemeinen Verwaltung, das Gehalt des Oberbürgermeisters Rive, des zweiten Bürgermeisters Seydel, des Stadtschulrats Brendel und des Stadtrats Tapelmann abzulehnen, da dieselben das Vertrauen der Bürgerschaft nach ihrer Auffassung nicht mehr besitzen. Dieser Vorstoß der Unabhängigen rief bei allen bürgerlichen Parteien Entrüstung hervor, sie erklärten, den genannten Magistratsmitgliedern das Vertrauen nicht zu entziehen, dem schlossen sich auch die Mehrheitssozialisten an. Nach stundenlanger Aussprache wurde der Antrag der Unabhängigen mit 32 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Das Kapitel der Allgemeinen Verwaltung, das in Einnahme mit 136 000 Mk. und in Ausgabe mit 4 262 700 Mk. abschließt, wurde alsdann mit einem Zusatzantrag genehmigt. Die Haushaltspläne für das Elektrizitätswerk abschließend mit 2 968 370 Mk., für das Gaswerk mit 5 615 060 Mk., für das Wasserwerk mit 1 533 400 Mk. in Einnahme und Ausgabe wurden genehmigt. Das Kapitel Stadttheater schließt mit einer Einnahme von 494 300 Mk. und einer Ausgabe von 681 377 Mk. ab. Die Verhandlungen behalten sich wieder bis in die zehnte Abendstunde aus, ein großer Teil der Vorlagen blieb unerledigt und soll in einer außerordentlichen Sitzung am Freitag erledigt werden.

Aus Provinz und Reich

Vaterländische Kundgebung.

Jena, 23. Juli. Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich eine vaterländische Versammlung, die die Jugendgruppe Jena der Deutschnationalen Volkspartei über das Thema „Was ist jetzt unsere Pflicht" mit den Rednern Prof. Fleischmann, Prof. Plate, Prof. Abel und Prof Rud. Eucken gab. Der Theologe Fleischmann verlangte Selbsterkenntnis, der Zoologe Plate Abkehr vom Internationalismus, der Hygieniker Abel sittliche Reinheit und körperliche Kräftigung, der greise Philosoph Rud. Eucken forderte Glauben an die deutsche Seele. Die zahlreich versammelte Bürger- und Studentenschaft Jenas würdigte die eindringlichen Ausführungen der Redner durch begeisterten Beifall.

Ein russischer Kriegsgefangener ermordet.

Saltzwedel, 23. Juli. Hinter dem Friedhof am Perver wurde die Leiche des russischen Kriegsgefangenen Makar Walinbuk vom hiesigen Gefangenenlager aufgefunden. Die Leiche wies Verletzungen am Kopf und zwei Schüsse auf. Sie lag in einem Kornfelde versteckt. Wahrscheinlich sind die Täter in Kreisen der russischen Kriegsgefangenen zu suchen. Die Leiche war vollständig ausgeraubt, sogar die Stiefel waren abgezogen.

Raubmord.

Hannover, 23. Juli. Die 25 Jahre alte Gemüsehändlerin Marie Doeltgen ist ermordet worden. Eine Geldsumme von 3000 bis 4000 Mk., die sie während der Nacht unter dem Kopfkissen verbarg, ist verschwunden, sonst hat der Raubmörder nichts mitgenommen.

Wettervoraussage

Donnerstag, den 24. Juli. Wechselnde Bewölkung, mäßig warm, strichweise Regenschauer.

Letzte Depeschen

Bauers Programmrede in Weimar.

Weimar, 23. Juli. (Eig. Drahtber.) Die heutige Vormittagssitzung der Nationalversammlung brachte endlich die großen Programmreden der neuen Regierung. In seinen fast ehrstündigen Ausführungen überließ Ministerpräsident Bauer das außenpolitische Gebiet fast ganz dem Außenminister Hermann Müller, der nach ihm zu Worte kam. Er streifte nur eingangs die Erfüllung des Friedensvertrages und unsere dadurch bedingten Beziehungen zum Auslande als gegebene Passiva des innerpolitischen und insbesondere des Wirtschaftsprogramms. Der Hauptteil der Rede Bauers beschäftigte sich mit der Wirtschaftspolitik; er stellte folgende drei Gebote auf: 1. Sozialisierung soweit als möglich und leinerlei neue Erschwerung für die künftige Vollsozialisierung; 2. Sicherstellung des Bedarfs der Minderbemittelten zu Nahrung und Kleidung; 3. Fernhaltung überflüssiger Luxuseinfuhr, die unsere Zahlungsmittel verschlechtern müßte.

Foch will die deutschen Gefangenen zurückhalten!

Rotterdam, 23. Juli. (Eig. Drahtber.) Wie die „Chicago Tribune" aus Paris berichtet, wird Foch mit der Rückkehrung der deutschen Kriegsgefangenen aufhören, wenn die Stadt Berlin nicht die geforderte eine Milliarde Frank für Mannheim zahlen will. (!!) In den letzten 24 Stunden sind keine deutschen Kriegsgefangenen mehr freigelassen worden. Foch habe tatsächlich die Befugnis solche Maßnahmen zu treffen, weil der Kriegszustand bis zur Ratifikation durch Frankreich fortdauere (?). (Unseres Wissens hat der Abtransport der deutschen Gefangenen aus Frankreich überhaupt noch nicht begonnen, die Nachricht erscheint daher wenig glaubwürdig, obwohl den Franzosen eine derartige schändliche Maßnahme wohl zuzutrauen ist. D. Red.)

Verzögerung der Ratifikation in Frankreich.

Versailles, 23. Juli. Der Abg. Franklin Bouillon, Präsident des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten in der Kammer, brachte im Friedensausschuß einen Antrag ein, die Ratifizierung des Friedensvertrages zu verweigern, wenn der Ausschuß nicht Kenntnis aller Akten erhalte, die notwendig seien, um die Friedensklauseln und Handlungen der Regierung zu beurteilen.

Neue Pläne im Rheinland.

Aachen, 23. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Schaffung einer rheinischen Republik beschäftigt immer eingehender die rheinischen Zentrumskreise. Führende Zentrumsmänner haben sich auch mit der Frage der Gründung eines Bistums beschäftigt, das gleichzeitig mit der Republik erstehen soll. Für das Bistum Aachen soll bereits der Pfarrer Kastert als Bischof ausersehen sein. Zwischen den französischen Besatzungsbehörden und Zentrumspolitikern fanden in den letzten Tagen wieder mehrere Besprechungen statt, dabei wurde die Errichtung noch weiterer Bistümer neben dem Bistum Aachen ins Auge gefaßt.

Ein selbständiger Saarstaat.

Saarbrücken, 23. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Bildung eines selbständigen Saarstaates nimmt immer festere Formen an. Man erwartet, daß sie bereits in den nächsten Tagen erfolgt. Als Ministerpräsident des neuen Staates ist der bisherige Landrat von Haltern in Aussicht genommen. Für den Posten des Finanzministers nennt man den Geheimen Intendanturrat Dr. Brill, für das Kultusministerium den Stadtschulrat von Saarbrücken.

Das Entgegenkommen.

Saarbrücken, 23. Juli. (Eig. Drahtber.) Den Bergarbeitern des Saarreviers wurde zugesagt, daß die 7½stündige Arbeitsschicht vom 1. August ab eingeführt werden soll, falls der Eisenbahnverkehr wieder ohne Störungen durchgeführt werden kann.

Die Bischöfe gegen Auslieferung des Kaisers.

Berlin, 23. Juli. (Eig. Drahtber.) Für die bevorstehende Bischofskonferenz in Fulda wurde ein Antrag eingebracht, gegen die Auslieferung von Mitgliedern des Kaiserhauses an die Entente entschieden zu protestieren.

Ein deutscher Dampfer beschlagnahmt.

Mitau, 23. Juli. (Eig. Drahtber.) Der englische Militärgouverneur von Mitau hat den in Libau liegenden Hamburger Dampfer „Holsatia" trotz des Widerspruchs des deutschen Kapitäns beschlagnahmt und mit einer russischen Abteilung der bisherigen lettländischen Landeswehr an Bord am 20. Juli nach der Nordsee abgehen lassen. Gegen dieses Vorgehen, das nach der Ratifikation des Friedensvertrages einen eklatanten Bruch des Völkerrechtes darstellt, hat die deutsche Gesandtschaft in Mitau bei General Gough in Riga nachdrücklich Einspruch erhoben.

Das Ereignis.

Rotterdam, 23. Juli. (Eig. Drahtber.) Wie die „Daily Mail" meldet, haben am Donnerstag die ersten deutschen Reisenden seit dem Jahre 1914 wieder englischen Boden betreten. Es handelt sich um deutsche Bankiers, die nach England gekommen sind, um mit englischen Banken eine größere Anleihe abzuschließen zur Deckung der Warenlieferungen englischer Firmen.

Rücktritt des Kabinetts Paderewski.

Warschau, 23. Juli. Der polnische Ministerrat beschloß die Demission des gesamten Kabinetts, dessen Neubildung sofort nach der Rückkehr Paderewskis nach Warschau erfolgen soll. Das Parlament sprach nach der Debatte über die Arbeitslosigkeit dem Minister für Schutz der Arbeit und für öffentliche Arbeiten das Mißtrauen aus, lehnte aber den Antrag ab, auch dem Handelsminister und Finanzminister das Mißtrauen auszusprechen, weil Polen keine Kriegsentschädigung erhalten hat, sondern sogar noch einige Milliarden zahlen soll.

Italien und die großslavische Gefahr.

Lugano, 23. Juli. (Eig. Drahtber.) Die römische „Tribuna" tritt dafür ein, daß Italien, analog dem Sonderabkommen Englands und Amerikas mit Frankreich, mit Deutschland und Deutsch-Oesterreich ein Abkommen zur Sicherung vor der großslawischen Gefahr herbeiführen solle.

Die Negerunruhen in Washington.

London, 23. Juli. (Eig. Drahtber.) Das Reuterbüro meldet aus Washington: Gestern abend kam es wieder zu ernsten Negerunruhen; es wurden vier Personen getötet, darunter zwei Detektivs, und viele verwundet. Nach der „Times" ist wegen der Negerunruhen der Belagerungszustand über Washington verhängt worden.

Streikfolgen in England.

Berlin, 23. Juli. (Eig. Drahtber.) Ueber die Ausdehnung der englischen Streiks wird noch berichtet: Infolge Kohlenmangels durch den Streik in Yorkshire schließen in Leeds schon einige Maschinenfabriken, acht bis zehntausend Maschinenarbeiter sind dadurch arbeitslos. Falls Ende der Woche keine Kohlen kommen, fürchtet man, daß in der Maschinenindustrie von Leeds ungefähr 35 000 Mann ohne Arbeit sein werden.

Die Spaltung im Berliner Vollzugsrat.

Berlin, 23. Juli. Der radikale Groß-Berliner Vollzugsrat sendet an die Presse eine drakonische Bekanntmachung, in der er erklärt, daß auch nach dem Ausscheiden der mehrheitssozialistischen und demokratischen Arbeiterräte nur die Vollversammlung und deren Beschlüsse maßgebend seien. Als ausführendes Organ gelte nach wie vor der Vollzugsrat, der sich neu konstituiert und zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten die Genossen Richard Müller und Fritz Rasch gewählt habe. Er lädt zur nächsten Vollsitzung am nächsten Sonnabend mit der Tagesordnung: Neuwahl und Neuaufbau des Groß-Berliner Arbeiterrates ein und ersucht alle Arbeiterräte, diese Versammlung zu besuchen, andernfalls sie zur Rechenschaft gezogen werden müßten. (!!)

Einziehung des gesamten Papiergeldes?

Weimar, 23. Juli. (Eig. Drahtber.) Wie verlautet trägt sich das Reichsfinanzministerium wegen der Absteempelung sämtlicher Wertpapiere und Zinsscheine mit der Absicht, das gesamte Papiergeld einzuziehen und statt dessen Gutscheine auszugeben. Man werde mit den Tausendmarkscheinen beginnen und sie Nummernweise zur Einziehung aufrufen. Dadurch sollen alle Besitzer von Bankroten gezwungen werden, ihr Papiergeld aus den Bankdepots zu Zu- und Ausland herauszuziehen.

Ein amerikanisches Riesenluftschiff abgestürzt.

Chicago, 23. Juli. Das neuerbaute große Luftschiff geriet auf einem Probeflug in Brand und fiel aus 500 Fuß Höhe auf ein Bankgebäude. Die Benzinbehälter des Luftschiffes explodierten beim Aufschlagen. Von den Angestellten der Bank wurden 10 getötet und 25 verwundet.

Minenunglück im früheren Operationsgebiet.

Cambrai, 23. Juli. Eine aufsteigende Mine hat 12 Personen, darunter sechs deutsche Kriegsgefangene getötet und zwei Gefangene verletzt.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190724-16/fragment/page=0003

Verlorene Töchter
II. Teil.

Bekanntmachung.

Freitag, vormittag 11 Uhr findet auf hiesigem Güterbahnhof Verkauf einer Ladung gebrauchter Kinoholzbänke mit Klappsitz öffentlich meistbietend gegen Barzahlung statt.

Eisenbahn-Güterabfertigung.

In das Handelsregister A Nr. 886 ist heute die Firma Eduard Golding Metallgießerei mit dem Sitze in Merseburg und als Inhaber der Metallgießer Eduard Golding in Merseburg eingetragen worden.

Merseburg, den 16. Juli 1919.
Preußisches Amtsgericht.

Freiwillige Auktion
in Schladebach Nr. 46.
Sonnabend, d. 26. Juli 1919, nachmittags 5 Uhr.

Folgende Gegenstände kommen zur Versteigerung:

1 Herrnfahrrad mit Gummibereifung, 2 Sopha, 1 Kleiderschrank, 1 Paneel, 2 Tische, 1 Blumentisch, 1 Kochofen ohne Aufsatz, 1 Kanonenofen, 2 vollständ. Stubenfenster, eine 1 u. 2jährige Ziege (weiß ohne Hörner) 4 Bienenkörbe, Backofengerät, 1 Egge, 1 Posten Lampenschirme u. Cylinder, 2 Obsthorten, 2 Glasballon, 2 Spitzhacken, 1 Posten getragenes Schuhwerk, ein 2 rädriger Handwagen u. verschiedene andere Gegenstände, die Sachen sind gebraucht u. im guten Zustande.

F. Meinhardt, Kötzschau.
Auktionator.

Gedörrte Mohrrüben
als
Viehfutter

werden Freitag, den 25. Juli, nachmittags 4-6 Uhr am Kloster (Einkochküche) billig abgegeben.

Rotes Kreuz.

Durania-Bestecke

in Ia Friedensqualität
Messer und Gabel
à Dtzd. (Paar) 41,50 Mk.

Eßlöffel à Dtzd. 18,00 Mk.
Kaffeelöffel à Dtzd. 10,80 Mk.
echt Eisengarnsenkel I Paar 0,70 Mk.
Eisengarnsenkel Ia Paar 1,20 Mk.
Baumwollsenkel Paar 0,80 Mk.
echt Maccosenkel Paar 1,00 Mk.
Maschinengarn weiß u. schwarz Rolle 1,10 Mk.

Versendet durch Post per Nachnahme. — Wiederverkäufer sonder Offerte.

Wilhelm Gräser
Leipzig
Sternwartenstraße 44, III. rechts

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahlung verleihen sofort
H. Blume & Co., Hamburg 5.

Ein Abendzirkel in
Franz.—Engl.,
Buchf., Stenogr., Korresp., Rechtsw., höh. kaufm. Rechnen, beg. i. Anf. in d. nächst. Tag. Garant. sich. schnellst. Fortschritt, da leichtfassliche Methode. Stundenhon. 1,50 bezw. 1,— Mark. Damen u. Herren wollen sich meld. bei
W. Fichtner, Quedlinburg,
Steinweg 74.

Unreines Blut.

Zur Blutreinigung und Ausscheidung aller Schärfe aus den Säften gibt es nichts Besseres als

Rathsfeldsches Pulver
Schachtel Mk. 3. — Versand: Grüne Apotheke, Erfurt 145.

Verlorene Töchter
II. Teil.

Sehr vorteilhafte Angebote!

Hemdenbarchente 75 cm breit,	Meter	9,50
Hemdentuch Ia Qualität, 80 cm breit,	Meter	9,75
Hemdennessel 70 und 80 cm breit,	Meter von	5,50 an
Prima waschechten Percal zu Damenhemdblusen und Herrenoberhemden	Meter	13,90
Fertige Männerhemden von 18,00 bis		29,00
Echtfarb. Waschmousseline	Meter von	5,50 an
Weisser Tupfenmull	Meter	13,50
Entzückende Voile in weiss u. gemustert 100 bis 110 breit,	Meter von	16,00 an
Gestreifte Schürzenstoffe 80 u. 120 breit	Meter von	10,75 an

Grosse Auswahl in fert. Frauenschürzen

H. Taitza

Markt 19. Neumarkt 18.

Kreissparkasse Merseburg

— Bahnhofstraße 3 —

Postscheck-Konto: Leipzig 8806 Fernruf 540

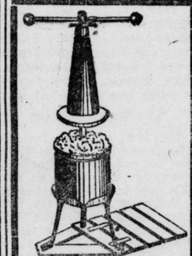
unter Haftung und Sicherheit der Kreises

Spareinlagen mit täglicher Verzinsung werden jederzeit — auch im Ueberweisungsverkehr — angenommen.

Rückzahlungen erfolgen je nach Vereinbarung sofort ohne Kündigung.

Sicherheitsmaßnahmen gegen unberechtigte Abhebungen.
Unbedingte Verschwiegenheit über alle Geschäftsvorkommnisse
— An- und Verkauf von Wertpapieren. —
Einlösung fälliger Zinsscheine und geloster Stücke.
Darlehne an Jedermann
gegen Sicherstellung durch Hypothek oder Pfand.

Spezialanstalt z. Förderung des Bargeldlos. Zahlungsverkehrs.
Eröffnung von provisionsfreien Girokonten für Jedermann.
Völlig kostenlose Ausführung von Geld-Ueberweisungen an jede Person im Deutschen Reiche, auch Einziehung von Schecks und Wechseln.
— Unentgeltliche Abgabe von Formularen und Scheckheften. —
Schnellste Erledigung von schriftlichen Aufträgen.



AMBI

Frucht- und Rübenpresse zur Herstellung von Saft.

Ganz Stahl und Eisen im Vollbad verzinkt, daher rostsicher. — Leichte Bedienung, da Kugellager. Inhalt: 20 Liter. Durch hohe Druckleistung **restlose Ausbeute** des Preßgutes; daher macht sich die AMBI-PRESSE in kurzer Zeit bezahlt. — Jeder Haushalt wird mit der AMBI-PRESSE endlich in die Lage gesetzt, seinen Bedarf an Fruchtsaft in hygienisch einwandfreier Weise selbst herzustellen.

AMBI V

Arthur Müller, Bauten und Industriewerke,
Eisengießerei, Maschinenfabrik,
Handlung landwirtschaftlicher Maschinen,
Merseburg.
Friedrichstraße 8. Fernsprecher 395.

Makulatur hat abzugeben Merseburger Tageblatt (Kreisblatt.)

„CASINO"

Freitag, den 25. Juli, abends 8 Uhr:

Volks-Konzert

ausgeführt vom Philharmonisch. Orchester — Leitung Kapellmstr. P. Franke.
Eintritt 60 Pfg. einschließlich Steuer.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.

Strandschlösschen.

Mittwoch, den 23. Juli 1919:

Großes Tanzvergnügen

Volles Orchester. Neueste Tänze.
Nur Eintritt! Tanzen frei!

Mittelalterliche Volksspiele in Merseburg.

Künstlerische Leitung: Gottfried Haaß-Berkow.

1. Das Spiel vom Sündenfall.
Paradiesspiel bei Preßburg in Ungarn 15. Jahrhundert.

2. Totentanz.
Bilderszene nach Drucken aus dem 15. Jahrhundert.

Im Saale des Schloßgartenpavillon in Merseburg
(Eingang Mühlberg)

Montag, den 28. Juli nachm. 4 Uhr
" den 28. Juli abends 8 Uhr
Dienstag, den 29. Juli nachm. 4 Uhr
" den 29. Juli abends 8 Uhr

Theaterzettel die zum Eintritt berechtigen, im Herzog Christian. Preise: 3 M., 2 M. für die Abendvorstellungen; bei den Nachmittagsvorstellungen halbe Preise.
Alle Plätze sind nummeriert.
Einwohner der umliegenden Ortschaften werden besonders auf die Nachmittagsvorstellungen hingewiesen.

Gewerkschaftsbund kaufm. Angestellter

— Ortsgruppe Merseburg. —

Donnerstag, den 24. Juli, abends 8 Uhr
im Gasthaus „Halber Mond":

Wichtige Besprechungen.

Geschlechts-Kranke!

Rasche Hilfe! — Doppelte Hilfe!

Harnröhrenleiden, frischer u. veralt. Ausfluß, Heilung in kürzester Frist, **Syphilis,** ohne Berufsstörung, ohne Einspritzung und andere Gifte, **Manneschwäche,** sofortige Hilfe. Ueber jedes der 3 Leiden ist eine ausführliche Broschüre erschienen mit zahlr. ärztl. Gutachten und Hunderten freiwilligen Dankschreiben Geheilter. Zusendung kostenlos gegen 25 Pfg. in Marken für Porto in verschl. Doppelbrief ohne Aufdruck durch Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin 844 Potsdamerstr. 123 B. Sprechstunden: 9—10, 3—4 Uhr, außer **Sonnabend und Sonntag.** Genaue Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann.

„Angebot"

Speise-Zimmer, Herren-Zimmer, Damen-Zimmer, Schlaf-Zimmer, Küchen

in einfacher bis ganz reicher Ausführung
ca. 150 Zimmer.
Möbelfabrik
Albert Martick Nacht.,
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S.,
— Alter Markt 2. —

Tabak-, Grünkohl-, Kohlrüben- **Pflanzen**
sowie frischen Kohlrabi bietet an
Trebst, Gärtnerei,
Nordstraße.

Raps-Stroh

verkauft im einzelnen, Donnerstag u. Freitag von 11—12 Uhr
Ziegelei Schmidt.

Landschmiede

mit 5—10 Morgen Acker, einzige im Orte, mit allen dazu gehörigen Inventar und Ernte bei 20,000 M Anzahl. durch mich sof. zu verkaufen. Off. an
Albert Franke, Merseburg
— Hallesche Straße 27. —

Gutsverkauf.

Bauerngut mit ca. 300 Morgen Acker, gut Geb. vollständigen leb. u. tot. Inventar, schön anstehender Ernte, in der Nähe von Gröbers bei 300,000 M Anzahl. durch mich sof. zu verkaufen. Offerten an
Albert Franke, Merseburg
Hallesche Straße 27 erbeten.

Eine zweträdrige
fahrbare Wasser- resp. Jauchentonne
für Gärtner geeignet, zu verkaufen. Besichtigung bei der Firma Heder, Gotthardtstraße.
Rotes Kreuz.

Zuverlässige, tüchtige
Einlegerin
sofort gesucht.
Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).

Verlorene Töchter
II. Teil.

Stadttheater Halle

Donnerstag 7½ Uhr:
„Carmen."
Freitag, 7½ Uhr:
Stein unter Steinen.

Tivoli-Theater, Merseburg

Dir.: Arthur Dechant.

Donnerstag, den 24. Juli 1919, abends ½8 Uhr:
Zum ersten Male!
Kümmelblättchen.
Eine heitere Kriminalgeschichte in 3 Akten v. Joh. Overweg.

Sonntag, den 27. Juli 1919, abends ½8 Uhr:
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akt v. J. Strauß.

Deutscher Offizier-Bund
Ortsgruppe Merseburg
Geschäftsstelle:
Hälterstr. 4 Fernruf 100.
Geschäftsstunden täglich ausser Mittwoch u. Sonntags von 10—2 Uhr

---

Ein Hausgrundstück!

mit Garten evtl. 1 Morgen Land wird in Delitz a/Berge per sofort oder später zu kaufen gesucht. Angebote unter **280 Delitz** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Landgasthof m. Saal evtl. mit ein. Morg Acker zu kaufen o. zu pachten gesucht. Offert. u. **L. G. 283** an d. Exped. d. Bl. erbeten.

Aelterer
Klempner u. Installateur
in allen Arbeiten erfahren, sofort gesucht.
Carl Höser, Markt 8.

Nebenverdienst!

Merseburger Rasensportverein sucht einen Mann zum Aufbauen der Geräte für Sonntags und an Wochentagsabenden. Meldungen sind mündlich oder schriftlich an die Geschäftsstelle d. Zeitung abzugeben.

Arbeitsfrauen
werden gesucht.
Groß & Co. G. m. b. H.
Louisenstraße 18.

Eine Aufwartung
für den ganzen Tag gesucht
Neumüller, Halleschestraße 25.

3—4 Zimmer-Wohnung
mit Küche per sofort gesucht.
Dir. Dechant
Merseburg, „Tivoli-Theater".

Wohnung
2—3 Zimmer und Küche zum 1. Oktober in gutem Hause gesucht. Zu erfragen in der Exped. dieses Blattes.

Ein tüchtiger Landwirt
Mitte 30er Jahre mit ca. 40 000 Mark kann sofort in ein gr. schuldenfreies Gut einheiraten Zu erfr. bei Louis Klemm in Schladebach bei Kötzschau.

Verlorene Töchter
II. Teil.

Verantwortliche Redaktion Politik, Oertl. und prov. Teil: Hanns Lotz, Sport: M. Hochheimer, Anzeigen: H. Baltz.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190724-16/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 161 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Donnerstag, den 24. Juli 1919.

Das „Reichsnotopfer“ und Herr Erzberger.

Staatsminister Dr. Helfferich veröffentlicht in der „Kreuzztg“ folgende deutliche Charakteristik Erzbergers:

Das Gesetz über die große Vermögensabgabe wird, einerlei in welcher Form es schließlich zustande kommen mag, in die Hände des für seine Durchführung zuständigen Reichsfinanzministers eine Macht über die privaten Vermögensverhältnisse eines jeden einzelnen legen, wie sie niemals einer Regierungsgewalt zustand. Eine solche Macht darf im öffentlichen Interesse nur in die Hände eines Mannes kommen, in dessen fleckenlose und unbedingte Korrektheit ein allgemeines und unbedingtes Vertrauen besteht. Zu Herrn Erzberger hat ein großer Teil des deutschen Volkes, ich glaube sagen zu können, bis weit hinein in die Reihen seiner eigenen Partei, dieses Vertrauen nicht. Auch ich kann Herrn Erzberger ein Recht auf dieses Vertrauen nicht zugestehen. Es handelt sich hier für mich nicht um die reichszerstörende Politik des Herrn Erzberger, sondern um andere Dinge. Ich verzichte deshalb darauf, hier auf die ebenso hinterhältige wie verhängnisvolle Aktion des Herrn Erzberger vom Sommer 1917 noch einmal einzugehen. Der vollen „Wahrheit“, die kürzlich die „Germania“ über diesen Punkt verlangt hat, wird ihr Herr und Meister nicht entgehen. Ich verzichte auch darauf, hier die verderbliche Rolle zu beleuchten, die Herr Erzberger bei den Verhandlungen während des Waffenstillstandes (Finanzabkommen, Auslieferung der Handelsflotte) gespielt hat, näher zu beleuchten. Desgleichen sein mit keinem deutschen Worte scharf genug zu kennzeichnendes Verhalten während der Friedensverhandlungen; dieser Teil der Erzbergerschen Tätigkeit gehört — wenn irgendwo — vor einen Staatsgerichtshof. Hier steht für mich lediglich diejenige Seite der Persönlichkeit des Herrn Erzberger in Frage, welche für seine Eignung für die großen künftigen Aufgaben und die Vertrauensstellung des Reichsfinanzministers von Wichtigkeit ist.

Das Volk hat — man braucht sich nur umzuhören — ein feines Gefühl dafür, daß die Wahrhaftigkeit die Grundlage eines jeden Vertrauens ist; daß, wer mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße steht, es auch mit anderen Dingen nicht allzu genau nimmt. Das unglückliche Verhältnis des Herrn Erzberger zur Wahrheit ist nachgerade weltkundig, von jenem frühen Stadium seiner politischen Laufbahn an, in dem der damalige Chef der Reichskanzlei sich genötigt sah, in offener Reichstagssitzung auf Grund der Gerichtsakten den vereidigten Herrn Erzberger dem unvereidigten Herrn Erzberger gegenüberzustellen; seitdem in dem bekannten Pöplauprozeß das Gerichtes ablehnte, Herrn Erzberger auf seine Aussagen zu vereidigen; bis zu jenem Augenblick, in dem der ehemalige Zentrumsführer Graf Hertling in seiner Eigenschaft als Reichskanzler sich weigerte, den Abgeordneten Erzberger fernerhin zu empfangen, weil er sich von ihm „angelogen“ fühlte, was nach Herrn Erzberger allerdings ein harmloses „Mißverständnis“ war. Ich selbst habe im Laufe der letzten Wochen dem Reichsminister Erzberger nicht weniger als viermal öffentlich in den verschiedensten Formen vorgehalten, daß er die Unwahrheit sage, und mich bereit erklärt, einen noch deutlicheren Ausdruck zu gebrauchen, um Gelegenheit zur eidlichen Feststellung zu schaffen, wovon indes Herr Erzberger keinen Gebrauch gemacht hat. Ich glaube, es ist ein kaum jemals dagewesener Fall, daß ein amtierender Minister sich genötigt sieht, solche Vorwürfe von einer Persönlichkeit hinzunehmen, die immerhin einen politischen Namen zu vertreten hat. In der Tat, wer so mit der Wahrheit umspringt, der pflegt es auch mit anderen Dingen nicht genau zu nehmen. Herr Erzberger hat dafür frühzeitig Beweise erbracht. Ich erinnere an den Strafprozeß wegen der Entwendung von Akten aus den Räumen des Flottenvereins, in dessen Verlauf der Oberstaatsanwalt die Feststellung machen mußte:

„Dem als Zeuge vernommenen Abgeordneten Erzberger ist der Diebstahl offenbar bekannt. Da er sich aber bereit erklärt hat, zu beschwören, daß er nach bestem Wissen annehme, er würde sich durch eine Auskunft die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zuziehen, wird er zur Aussage nicht gezwungen werden können.“

Diese ungenaue Auffassung von den Dingen dieser Welt hat Herr Erzberger auch sonst betätigt. Vor allem habe ich während meiner Amtstätigkeit und späterhin die Wahrnehmung machen müssen — ich rede nicht unbedacht, sondern wäge jedes Wort —, daß die Stellungnahme des Abgeordneten Erzberger zu Fragen der Kriegspolitik und Kriegswirtschaftspolitik eine andere war zu der Zeit, in der er durch seine Zugehörigkeit zum Thyssen-Konzern (als Mitglied des Grubenvorstandes der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ usw.) schwerindustriell interessiert war, eine andere, nachdem er im Sommer 1917 aus seinen Stellungen im Thyssen-Konzern mehr oder minder freiwillig ausgeschieden war. Ich habe s. Zt. nicht ohne großes Erstaunen in einem süddeutschen Zentrumsblatt einen Artikel zur Verteidigung des „Schwerverdieners Erzberger“ gelesen, in dem es u. a. hieß:

„Diese Beziehungen (von führenden Abgeordneten zum Großkapital) ergeben sich von selbst und liegen mehr oder weniger im Zuge des demokratischen und parlamentarischen Gedankens. Das Großkapital sucht Einfluß, Aufträge, wirtschaftliches Terrain bei Staatsaufträgen wie solchen privater Natur. Was liegt näher, als daß man sich bei Staatsaufträgen eines Abgeordneten versichert, der seinen Einfluß geltend machen kann gegenüber den maßgebenden Kreisen.“

Heute ist das „demokratische und parlamentarische System“, in dessen Zug eine solche Entwicklung zur politischen Korruption nach dem Geständnis des damals zur Verteidigung des Herrn Erzberger aufgestandenen Zentrumsblattes liegt, verwirklicht, und der also verteidigte Herr Erzberger ist Reichsfinanzminister und Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Herr Erzberger wird heute die von seinem damaligen Verteidiger bekundete Auffassung vielleicht laut ablehnen. Ich lasse deshalb an Stelle anfechtbarer Auffassungen eine kleine, aber unanfechtbare und bezeichnende Tatsache sprechen:

Wenn ein Politiker es zuwege bringt, als Schiedsrichter in Prozessen zwischen dem Reichsfiskus und einer privaten Gesellschaft zugunsten der Gesellschaft zu entscheiden, die letzte Entscheidung zugunsten der Gesellschaft am 24. Mai zu unterschreiben und sich am darauffolgenden 14. Juni, also drei Wochen später, in den mit stattlichen Tantiemen dotierten Aufsichtsrat dieser selben Gesellschaft wählen zu lassen, so ist vom Standpunkte der geschäftlichen und politischen Wohlanständigkeit dieser Mann für mich erledigt. Ich würde einen solchen Mann nicht einen Tag als Prokuristen in meinem Geschäft behalten. Ich würde ihm jedenfalls niemals auch nur den kleinsten Vertrauensauftrag in die Hand geben.

Herr Erzberger hat wirklich geholfen, das deutsche Volk in das Elend des Schmachfriedens zu führen. Das deutsche Volk und seine Vertretung hat das bisher hingenommen. Jetzt steht das deutsche Volk und seine Vertretung vor der Frage, ob es einem Manne von der Qualifikation des Herrn Erzberger mit den ausgedehnten Vollmachten, die dem Reichsfinanzminister aus den kommenden Steuergesetzen erwachsen, über sein Vermögen schalten und walten lassen will. Ich frage erneut: Soll das Deutsche Reich und das deutsche Volk an dem Krebsschaden Erzberger zugrunde gehen?

Das Zentrum gegen Erzberger?

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Aus parlamentarischen Kreisen wird mir berichtet, daß die Stimmung im Zentrum gegen Erzberger nicht die beste ist. Ein kleiner Kreis der linken Zentrumshälfte hält noch immer zu Erzberger, dagegen mehren sich die Stimmen, die in der Tätigkeit Erzbergers nicht das Heil der Partei sehen. Die besonneneren Zentrumsleute sind durch die ganze Entwickelung der Partei enttäuscht. Die Partei hatte ihre neue Taufe als „Christliche Volkspartei“ unter dem Gesichtspunkte vollzogen, daß sie eine nationale Partei sein werde, die Anschluß nach rechts suchen müsse. Deshalb haben sich auch zahlreiche Personen ihr angeschlossen, die nicht zum Katholizismus gehören. Nachdem aber die letzten Sitzungen der Nationalversammlung durch den Erzbergerschen Einfluß die Partei auf die schiefe Bahn und an die Seite der Sozialdemokraten brachte, und nachdem man noch das Zentrum das Odium auf sich lud, den Schmachfrieden an der Seite der Sozialdemokraten beschlossen zu haben, wird innerhalb der Zentrumsreihen offen Umkehr verlangt. Es haben innerhalb der Partei schon harte Kämpfe stattgefunden, und die Befürchtung, daß es zu einer Spaltung der Partei kommen könnte, ist nicht ganz von der Hand zu weisen; denn einmal ist es die angeschnittene Seite die zu Streitigkeiten führt, dann aber herrscht im Zentrum ein großer Gegensatz zwischen den Abgeordneten aus dem Rheinland und Oberschlesien einerseits und den anderen Abgeordneten. Die Rheinländer und Oberschlesier sind Separatisten. Und wenn auch die Nationalversammlung das Gesetz schuf, das eine Absplitterung Preußens erschweren soll, so geht die Bestrebung in rheinischen Zentrumskreisen nach einer rheinischen Republik und in Oberschlesien nach einem Freistaat Oberschlesien. Die Meinungen prallen also im Zentrum in zwiefacher Hinsicht auf einander. Erzberger hat schwere Tage; denn ihm allein liegt es ob, die Widerstreitenden zu besänftigen. Von Dauer kann das aber nicht sein; denn die Ansicht in parlamentarischen Kreisen geht dahin, daß das Zentrum es, trotz seiner Erfolge nicht verantworten könne, länger neben der Sozialdemokratie zu stehen gegen die anderen Parteien.

Soweit unser Mitarbeiter. Wir halten seine Ausführungen, obwohl sie die Strömungen innerhalb der Zentrumspartei zweifellos richtig wiedergeben, in ihren Ausblicken nach den langjährigen Erfahrungen mit der Taktik der Ultramontanen für völlig abwegig. Zweifellos gibt es im Zentrum jetzt wie früher eine größere Anzahl gut und aufrichtig nationalgesinnter Männer. Aber diese wird von der durchweg ultramontan imprägnierten Parteileitung — z. Zt. von dem ausgeprägten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190724-16/fragment/page=0005

Römling Erzberger, der überhaupt keine deutschen Belange anerkennt, sondern nur die Interessen Roms und des feindlichen Auslandes fördert — völlig in Schach gehalten. Der Ultramontanismus hat im deutschen katholischen Klerus (der im Gegensatz zu allen anderen Völkern stets die Interessen des römischen Stuhls allen nationalen Belangen voranstellt) einen mächtigen und verläßliche Hebel, um alle nationalen Bestrebungen, wodurch die Interessen Roms in Frage stehen, einfach niederzuschlagen. Wie der römische Stuhl stets der erbitterte und unversöhnlichste Feind des protestantischen deutschen Kaisertums war, so versucht er jetzt alles, um das überwiegend protestantische Preußen zu zertrümmern und den katholischen Bestandteilen des Reiches eine möglichst überwiegende Machtstellung innerhalb desselben zu verschaffen.

Solange der nationale Gedanke im katholischen Deutschland nicht wirklich alle feindlichen Strömungen zurückdrängt, ist nicht auf eine Teilung des Zentrums und auf Hilfe aus seinen Kreisen für die Wiedergeburt des deutschen Reiches zu rechnen. Nur durch eine gründliche Wahlniederlage können die Römlinge im Zentrum ihren Einfluß verlieren. Und einstweilen hält es schwer, an eine solche zu glauben.

Politische Rundschau

Mordtaten feindlicher Besatzungstruppen.

Die französische Presse macht den Versuch, den dem französischen Sergeanten Manheim bei seinem nächtlichen Ausflug durch anrüchige Berliner Stadtviertel zugestoßenen Unglücksfall auf eine durch Verhetzung zurückzuführende Rachestimmung gegen die Franzosen zurückzuführen und daraus die Verantwortlichkeit für die Gesamtbevölkerung Berlins herzuleiten. Es ist nun interessant, wie sich die sogenannten „Sieger" in dem besetzten deutschen Gebiet benehmen. Für sie als „Sieger" kann man doch eine Rachestimmung nicht einmal als Entschuldigung anführen. Dennoch wollen die Mordtaten an harmlosen deutschen Bürgern durch feindliche Besatzungstruppen kein Ende nehmen. Wir geben hier nur einige Fälle aus der letzten Zeit wieder, die sich in der Düsseldorfer Gegend zugetragen haben:

So wurde am 1. Juli auf der Lauswart-Insel bei Düsseldorf der Kassenbote Kura ohne jeglichen Anlaß von einem belgischen Posten erschossen; während seine Kinder badeten. Vom deutschen Abschnittskommandeur wurde sofort Protest gegen die belgiche Untat erhoben, aber eine Antwort auf diesen Protest ist bisher nicht erfolgt.

Am 13. Juli wurde bei Schloß Eller ein unbekannter Mann in der neutralen Zone, 440 Meter von der Grenze des besetzten Gebiets entfernt, von einem britischen Wachtposten niedergeschossen.

Im 21. Mai wurde der Arbeiter Heinrich Bracht bei Langenfeld im besetzten Gebiet von englischen Soldaten erstochen.

Ein junger Mann, namens Hoppen, wurde Ende Mai bei Kaiserswert in der neutralen Zone erschossen.

Die wahre Ursache des Kolonialraubes.

Im „Morgenbladet" schreibt der norwegische Arzt Dr. Gulonsen der viele Jahre in Uebersee gelebt hat, über die deutsche Kolonialverwaltung u. a., den Glaubenssatz, den die englische Presse den Norwegern aufgedrängt habe, daß die Deutschen ihre Kolonien nicht verwalten könnten und die Eingeborenen schlecht behandelten, werde die Geschichte sicher berichtigen. Tatsächlich hätten die Deutschen in ihren Kolonien, besonders in Ostafrika, jahrelang wirtschaftlich, kulturell und vor allem hygienisch eine ausgedehnte, fruchtbringende Arbeit geleistet. Wenn die Deutschen ihre Kolonien jetzt nicht wiederbekämen, so geschehe dies nicht, weil sie nicht verstanden hätten, sie zu verwalten, was Unsinn sei, sondern weil sie es besser, als irgendein anderer Kolonialstaat verstanden hätten, durch wirtschaftlich überlegte, harte Arbeit aus verhältnismäßig armseligen Landgebieten brauchbare, ja sogar wohlhabende Kolonien zu schaffen.

Die Abschnürung Ostpreußens.

Abg. Graf Kanitz hat in der Landesversammlung die Staatsregierung in einer kleinen Anfrage aufgefordert, ein besonders starkes Truppenkontingent baldmöglichst nach Ostpreußen zu verlegen, um den inneren und äußeren Schutz der Provinz zu gewährleisten, die sich nach der Abtrennung vom Mutterlande durch den polnischen Korridor in einer äußerst unglücklichen und gefährlichen Lage befinden wird, die den gänzlichen Verlust der Provinz befürchten lasse.

Die Provinz Oberschlesien.

Zu der oberschlesischen Frage erfährt die „Voss. Ztg." gegenüber Ableugnungen in der Presse von zuständiger Seite: Die preußische Staatsregierung beabsichtigt, den preußischen Provinzen weitestgehende Autonomie zu gewähren und hat, wie schon in den Blättern gemeldet, einen Gesetzentwurf in diesem Sinne ausgearbeitet. Falls Oberschlesien für Deutschland stimmen sollte, soll eine Provinz Oberschlesien errichtet werden; damit wäre den Selbständigkeitsbestrebungen weitreichendes Entgegenkommen bewiesen, so daß auch diejenigen, deren Bestreben dahin geht, aus Oberschlesien einen selbständigen Freistaat zu machen, durch diese Lösung der Frage befriedigt sein könnten.

Wie sich die Franzosen im Saargebiet beliebt machen.

Die „Kölн. Volksztg." meldet aus Saarbrücken: Der Oberste Verwalter des Saargebiets General Andlauer hat den Wegfall sämtlicher Fesseln verfügt, die bisher den Vergnügungen, dem Gesellschaftsleben usw. auferlegt waren. Für öffentliche Lokale usw. ist keine Feierabendstunde mehr festgesetzt. Jedoch bedürfen wie bisher alle politischen und gewerkschaftlichen Vereinsveranstaltungen der Genehmigung der zuständigen Militärbehörden.

Wofür Frankreich Entschädigung fordert.

Frankreichs Rechnung für die Wiedergutmachung, über die Dubois im Friedensausschuß der französischen Kammer berichtet hat und die sich auf 200 Milliarden Mark stellt, setzt sich im einzelnen aus folgenden Posten zusammen:

Aus hundertneunzehn Milliarden für materielle Schäden, in denen dreiundzwanzig Milliarden für entgangene Gewinne durch Stillegung der Industrie einbegriffen sind. Die Summe der kapitalisierten Militärpensionen beziffert er auf dreiundvierzig Milliarden einundfünfzig Millionen. Für Entschädigungen minderjähriger Kinder berechnet er sechs Milliarden neunhundertzwanzig Millionen. Für Entschädigungen an Hinterbliebene zwei Milliarden fünfhundertneunzehn Millionen, für Entschädigungen an Witwen und Verwundete rechnet er sechs Milliarden, für militärische Unterstützungen nach Gesetz vom 5. August 1914 dreizehn Milliarden zweihundertundfünfundsiebenzig Millionen und schließlich für Zuwendungen an Kriegsgefangene hundertdreiundfünfzig Millionen sechshundertsiebenzigtausend Franken.

Ostgalizien den Polen.

Wie „Matin" mitteilt wurde in einem Brief des Generalsekretariats der Friedenskonferenz an die ukrainische Friedensdelegation mitgeteilt daß Ostgalizien zu Polen geschlagen werde. Dadurch erhalte Polen mit Rumänien eine gemeinsame Grenze.

Aus Stadt und Umgebung

Im Unglück.

Wenn wir daran denken, wie in diesen tiefernsten Zeiten große Teile des Volkes sich den zweifelhaftesten Vergnügungen hingeben, wenn wir uns die Schauerprogramme der Kinos, die zahllosen Tanzanzeigen und vieles andere vergegenwärtigen, so könnte uns Trauer erfassen und das Empfinden, daß es heller Wahnsinn ist, der aus diesem Treiben spricht. Bei dem Versuche, eine Erklärung dafür zu finden, kommen wir aber wohl zu dem Schluße, daß es sich bei dieser Erscheinung um nichts sonderlich Ueberraschendes handelt, so unerquicklich sie ist. Die menschliche Natur kann sich mit dem Augenblicklichen, sei es Gutes oder Schlimmes, nicht für längere Zeit befassen. Die wenigen, die es tun, sind entweder Genies oder Verrückte, die ihr rastloses Sichvertiefen zum Wahnsinn getrieben hat. Die große Masse verharrt aus Selbsterhaltungstrieb, aus der instinktmäßigen Abwendung vom Unangenehmen, durch alle Widerlichkeiten hindurch bei ihren Gewohnheiten, besonders beim Vergnügen. Die Chinesen genießen das Leben, weil sie es für geringwertig halten; sie gehen in dieser Lebensanschauung weiter als andere Völker, aber alle haben, bewußt oder unbewußt, an ihr Teil. Deshalb sehen wir Vergnügungen und alle Trivialitäten zu Zeiten größten Unglücks zu höchster Entfaltung kommen. Deutschland bietet heute in dieser Hinsicht das Bild des römischen Reiches bei seinem Zusammenbruch oder Frankreichs zur Zeit der großen Revolution. Die größten Triumphe oder das größte Mißgeschick finden die Menschen nicht in der Verfassung, die der Bedeutung derartiger Umwälzungen entsprechen würde. Es ist für den Menschen unmöglich, sich selbst dauernd daran zu erinnern, daß er inmitten großer Ereignisse steht und sein Denken, Handeln und Fühlen darnach richten muß. Die Haltung des Einnen in solchen kritischen Zeiten ergibt sich aus seiner ganzen Lebensart und die Natur sträubt sich, sich in allzubewußter Teilnahme zu erschöpfen. Die Menschen, die immer ernst sind, sind nicht diejenigen, die in ernsten Lagen auch am besten handeln.

Wir Deutsche haben das Leben, uns selbst und unsere Theorien immer zu ernst genommen. Etwas weniger Streberei, mehr unbewußte Weisheit würde uns für das praktische Leben, auch auf dem Gebiete der Politik, zu statten kommen.

Wenn uns so das Gebahren der großen Menge Vergnügungstoller bis zu einem gewissen Grade verständlich erscheint, so sollte angesichts der vielfachen Uebertreibung dennoch nichts versäumt werden, jene durch Belehrung und Gesetze (Kino) andere Wege zu weisen und ihnen zu der Erkenntnis zu verhelfen, daß sie bei bescheideneren Genüssen und Vergnügungen anderer Art auch auf ihre Rechnung kommen.

Mittelalterliche Volksspiele.

Es sei nochmals an die „Mittelalterlichen Volksspiele" erinnert, die am 28. und 29. Juli im Schloßgartenpavillon stattfinden. Die Karten zu den zwei Abend- und zwei Nachmittagsvorstellungen sind im „Herzog Christian" zu haben. Der Preis beträgt für die Abendvorstellungen 3 und 2 Mk., für die anderen 2 und 1 Mk. Durch die Nachmittagsvorstellungen wird auch den Bewohnern der Umgebung Merseburgs Gelegenheit gegeben, sich die Volksspiele anzusehen. Es wird hier etwas so Eigenartiges und Schönes in den zwei Volksspielen „Spiel vom Sündenfall" und „Totentanz" geboten, daß jeder, der nur irgend Zeit hat und sich genußreiche Stunden verschaffen will, sich die Stücke ansehen sollte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190724-16/fragment/page=0006

Amtliche Anzeigen
für den Kreis Merseburg.

Erscheint Mittwochs und Sonnabends. — Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten zum Preise von 2.40 Mk. vierteljährlich oder 80 Pfg. monatlich.

Nr. 14. Merseburg, 23. Juli 1919.

83

Bekanntmachung

über die Ausgabe der Reichsbrandbezugsscheine der Reihe IV.

Die Ausgabe der Reichsbrandbezugsscheine der Reihe IV (August) war für Ende Juni 1919 geplant.

Der Wegfall wichtiger Kohlenreviere durch die feindliche Besetzung, der starke Rückgang der Förderung, die Nachwirkungen der Streiks in der Ruhr und in Ober- und Niederschlesien und die andauernden Verkehrsschwierigkeiten haben jedoch die planmäßige Versorgung des Hausbrandes derart gestört, daß schon im zweiten Monat des neuen Wirtschaftsjahres fast in allen Versorgungsbezirken außergewöhnliche Rückstände zu verzeichnen sind.

Den Gruben ist es trotz aller Bemühungen bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gelungen, die Hausbrandbezugscheine der Reihe I voll aufzuarbeiten, geschweige denn die Bezugscheine der Reihe II und III.

Da sohin dem Handel noch große Mengen unbelieferter Bezugscheine vorliegen, hätte die Ausgabe der neuen Bezugscheine der Reihe IV keinen Zweck; sie würde nur die Zahl der unbelieferten Bezugscheine vergrößern und die ordnungsmäßige Belieferung und Aufarbeitung der Bezugscheine der früheren Reihen erschweren.

Der Reichskommissar für Kohlenversorgung hat sich deshalb entschließen müssen, die Ausgabe der neuen Bezugscheine der Reihe IV noch zu verschieben.

Sie werden voraussichtlich erst am 20. Juli 1919 ausgegeben werden.

Angesichts dieser Tatsachen verfehle ich nicht, auf den bittern Ernst der Lage hinzuweisen und bitte die Bevölkerung des Kreises, auf die denkbar größte Sparsamkeit bei der Verwendung der Brennstoffe bedacht zu sein.

Merseburg, den 14. Juli 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

84

Bekanntmachung.

Die Zuständigkeit der nach Abschnitt II der Verordnung der Reichsregierung vom 31. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt 1919 S. 2 bis 4) den Rentenempfängern und Invaliden aus dem allgemeinen Militärpensionsfonds zu bewilligenden Rentenzuschläge wird dadurch, daß u. U. Rente und Pension infolge Ruhens oder Erstattung an den Zivilpensionsfonds gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 3 u. 4. des Mannsch. Vers. Ges. 06 an Versorgungsberechtigte nicht zur Zahlung kommen und auch sonstige Versorgungsgebührnisse — Kriegszulage usw. — nicht zuständig sind, nicht berührt. — Die Rentenzuschläge werden lediglich nach Maßgabe des der Versorgungsberechtigung zugrunde liegenden Erwerbsunfähigkeitsgrades (nicht Dienstzeit) durch die Pensionsregelungsbehörde zahlbar gemacht, in deren Kataster der Empfangsberechtigte zuletzt geführt worden ist. Bei Empfangsberechtigten, deren Rente oder Invalidenpension ruht, fehlt den Pensionsregelungsbehörden eine Kontrolle, besonders darüber, ob die Betreffenden noch am Leben sind usw. Diese Leute müssen sich daher mit einem Antrage, der auch erkennen läßt, aus welcher Kasse die jetzt ruhenden Gebührnisse zum letzten Male gezahlt worden sind, an die für diese Kasse zuständige Pensionsregelungsbehörde — Regierung — wenden. Der Antrag muß gegebenenfalls eine entsprechende Angabe enthalten, wenn der Antragsteller von einem nicht preußischen Truppenteile mit Rente oder Pension entlassen worden ist. Personen, denen lediglich auf Grund von Dienstzeit Versorgungsgebührnisse zuerkannt worden sind, erhalten keine Rentenzuschläge.

Merseburg, den 14. Juli 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

85

Bekanntmachung.

In letzter Zeit sind einem Gefangenenlager des Korpsbereichs wiederholt typhuskranke oder typhusverdächtige russische Kriegsgefangene — in einem Fall sogar ein an Fleckfieber Erkrankter — von entfernt gelegenen Arbeitsstellen mittelst Fuhrwerk oder Eisenbahn zugeführt worden. Da durch die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel in solchen Fällen die Bevölkerung sehr gefährdet wird, werden diejenigen Gemeinden, die Kriegsgefangene beschäftigen, darauf hingewiesen, im Falle des Auftretens ansteckender Krankheiten unter den Kriegsgefangenen die sofortige Ueberführung der Betreffenden in das nächstgelegene geeignete Krankenhaus unter Vermeidung der Eisenbahn und unter Wahrnehmung aller nötigen Vorsichtsmaßregeln zu bewerkstelligen. Eine Ueberführung nach dem Stammlager kann nur dann in Frage kommen, wenn dasselbe der betreffenden Arbeitsstelle am nächsten liegt.

Merseburg, den 15. Juli 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

86

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 12 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen vom 25. September 1915 (R.-G.-Bl. S. 607) werden für den Umfang des Kreises Merseburg folgende Kleinhandelshöchstpreise für das Pfund Kirschen festgesetzt:

Süßkirschen	0,85 ℳ
Sauerkirschen	1,00 ℳ

Merseburg, den 17. Juli 1919

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

87

Bekanntmachung.

Im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten werden die Verkäufer von Mineralwasser im Ausschank hierdurch angewiesen, Getränke, gleichviel ob Cholera droht oder nicht, nur in einem der Trinkwassertemperatur entsprechenden Wärmegrade von etwa 10 Grad Celsius abzugeben.

Merseburg, den 17. Juli 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

88

Bekanntmachung

betreffend Einlösung der Zinsscheine der preußischen Staatsschuld und der Reichsschuld sowie Erneuerung der Zinsscheinbogen.

Die Zinsscheine der preußischen Staatsschuld und der Reichsschuld werden bereits vom 21. des dem Fälligkeitstermin vorangehenden Monats ab bei den Zinsscheineinlösungsstellen eingelöst und bei allen hauptamtlich verwalteten staatlichen Kassen, mit Ausnahme der Kassen der Staatseisenbahnverwaltung, sowie bei Entrichtung der durch die Gemeinde zur Hebung gelandenden direkten Staatssteuern in Zahlung genommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190724-16/fragment/page=0007

Ermächtigt, aber nicht verpflichtet zur Annahme der Zinsscheine an Zahlungsstatt sind die Reichspostanstalten.

Durch Vermittelung der Zinsscheineinlösungsstellen können auch neue Zinsscheinbogen kostenlos bezogen werden.

Merseburg, den 17. Juli 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

89

Bekanntmachung

Als Zusatz zu meiner Bekanntmachung betr. Landwirtschaftlicher Lohntarif für den Kreis Merseburg gebe ich folgende Beschlüsse der Landwirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft bekannt.

Merseburg, den 22. Juli 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

---

1. Zu IV, Abs. 1. Die für das Kalenderjahr 1919 beschlossenen Löhne und Arbeitsbedingungen bleiben bis 31. März 1920 in Gültigkeit.
2. Zu IV, F. Löhne für Gesinde (männliche und weibliche Arbeiter, welche Kost und Wohnung erhalten) mit Geltung ab 1. Juli d. J.

a) männliches Gesinde

im Alter von	14—16 Jahren	10.— ℳ	je Woche
„ „ „	16—18 „	14.— „	„ „
„ „ „	18—20 „	18.— „	„ „
„ „ „	über 20 „	20.— „	„ „

b) weibliches Gesinde

im Alter von	14—16 Jahren	240.— ℳ jährlich	zahlbar monatlichen Raten
„ „ „	16—18 „	200.— „ „	
„ „ „	über 18 „	360.— „ „	

Außerdem erhalten alle Gesindepersonen freie Kost und Wohnung, die mit 3.— ℳ je Tag bewertet werden.

Die Arbeitszeit für Gesinde bleibt die bisher übliche; dem weiblichen Gesinde ist eine Stunde Mittagspause zu gewähren.

3. Zu IV, H. Für Stallschweizer und Gutshandwerker gelten die von der Provinzialarbeitsgemeinschaft festgesetzten Tarifsätze. Abdrucke hiervon und Vertragsformulare stehen in der Geschäftsstelle Merseburg, Halleschestraße 9 zur Verfügung.
4. Löhne für Akkordarbeiten: Besondere dringliche Arbeiten sind nach freier Vereinbarung zwischen dem Betriebsleiter und den Arbeitnehmern bezw. dem Arbeiterausschuß in Akkord zu leisten. Die Festsetzung der Höhe des Akkordlohnes bleibt wegen der sehr verschiedenen Verhältnisse (Witterung, Stand der Früchte, Boden) der Freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bezw. Arbeiterausschuß überlassen. Als Grundsatz hierfür gilt, daß das Verhältnis zwischen Akkord- und Tagelohn etwa dem früheren entspricht. Die Vereinbarungen sind vor Aufnahme der in Akkord zu leistenden Arbeit zu treffen.
5. Zu V, Abs. 3. Für Frauen ist auch der Rückweg von der Arbeitsstelle in die Arbeitszeit einzurechnen.

Merseburg, den 16. Juli 1919.

Die landwirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft für den Kreis Merseburg:
gez. Dr. Orphal, Vorsitzender,

Für den Arbeitgeberverband: gez. C. Beyling.
Für den Arbeitnehmerverband: gez. Julius Möwes.

Merseburger Druck- und Verlags-Anstalt L. Baltz.

Fortsetzung des Kirschenverkaufs

auf Abschnitt 99 des Lebensmittelheftes Nr. 2351—2400 sowie an alle, die auf Abschnitt 100 des Lebensmittelheftes Kirschen bisher nicht erhalten haben, am Donnerstag, den 24. Juli 1919, vormittags von 10 Uhr ab in den Verkaufsstellen Rauch, Markt und Vogel, Roßmarkt.

Merseburg, den 23. Juli 1919.

L.-A. II. 2122/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Fleischverkauf auf der Freibank

findet am 24. Juli 1919 vorm. von 8—9 Uhr auf die Ordnungsnummern 2501—2600 statt.

Merseburg, den 23. Juli 1919.

L.-A. I. 704/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Tipografec (ges. gesch.) ist ein bewährtes Blutreinigungs-Mittel.

Zeugnis: Durch schlechtes Blut bekam ich Nervenlähmung und zweimal einen Schlaganfall, wodurch meine ganze linke Seite gelähmt wurde. Bereits nach Verbrauch von 3 Dosen Tipografec verlor sich dieser Zustand ganz erheblich, sodaß ich mein Bein und meinen Arm wieder bewegen und ziemlich gut gehen kann. Beobachtet habe ich auch, daß meinen Körper eine allgemeine Wärme durchflutet, was früher nicht der Fall war. Ehrlich muß ich sagen, daß ich mit dem Erfolg sehr zufrieden bin und Ihr Tipografec aufs wärmste empfehlen kann.

Berlin, 27. Januar 1916. **J. Tuscher.**

Dieser Tee ist erfolgreich bei Nerven-, Rheumatismus, Augenübel, Skrofulösität, Arteriensverkalkung, Hartleibigkeit, Epilepsie, Tuberkulose, Lähmungen und Schlaganfällen.

Ein Paket Mark 3.—, Porto extra, bei 6 Paketen und darüber portofrei. Nur echt zu beziehen gegen Nachnahme von:

Thüringer Teefabrik Hermann A. Müller,
Schmiedefeld, Thür., Kreis Schleusingen.

Wohnungs-Einrichtung.

Wohnzimmer, Schlafzimmer, Küche, evtl. gebraucht, zu kaufen gesucht. Angebote unter K. K. 232 an die Expedition dieses Blattes.

Photogr. Apparat

zu verkaufen. 9 × 12 cm, Krügener Klapp-Kamera Doppel-Anastigmat. Angebote unter Bz. 250 a. d. Exp. d. Bl.

Anzeigen-Uebernahme

Merseburger Druck- und Verlags-Anstalt
(L. Baltz)
:: Merseburg ::
Hälterstrasse 4.

für alle Zeitungen und Zeitschriften zu Originalpreisen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190724-16/fragment/page=0008